

## INHALT:

Editorial	Seite 132
GI Aktuell	Seite 132
GI Leitsätze	Seite 134, 153
<b>Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter</b> Kapitalerhöhung / Verdeckte Sacheinlage / Anwaltliche Beratung / Schutzwirkung zugunsten der Gesellschafter (BGH, Urt. v. 2.12.1999 - IX ZR 415/98)	Seite 135
<b>Anwaltsvertrag</b> Sachverhaltsaufklärung / Nachfragepflicht / Beweis für Mandatierung (OLG Köln, Urt. v. 4.8.1999 - 5 U 74/99)	Seite 140
<b>Steuerberaterhaftung</b> Mandatsinhalt, Hinzuziehung sachkundiger Dritter für Pensionsrückstellung / Umfassende Beratung / Bilanzerstellung, Prüfungspflichten, Vorlage von Verträgen (OLG Düsseldorf, Urt. v. 18.2.1999 - 13 U 60/98)	Seite 141
<b>Steuerberaterhaftung</b> Verjährung, § 68 StBerG / Fortsetzung des Mahnverfahrens / Parteiwechsel in Klagebegründung / Sekundärhaftung, Belehrungsbedürftigkeit (OLG Düsseldorf, Urt. v. 3.12.1998 - 13 U 225/97)	Seite 146
<b>Notarhaftung</b> Überfahrtrecht, Grundstück / Schaden (LG Marburg, Urt. v. 24.6.1999 - 1 O 89/99, rkr.)	Seite 149
<b>Versicherungspflicht</b> Gesetzliche Krankenversicherung / Jahresverdienstgrenze / Unterschreitung / Unkenntnis des Arbeitgebers (SG Dortmund, Urt. v. 15.6.1999 - S 8 KR 191/98)	Seite 151
GI Hinweis	Seite 153
Stichwort- und Entscheidungsverzeichnis	Seite 154



## Editorial

Sehr geehrte Leserin, sehr geehrter Leser,

ein interessanter Fall zur **Dritthaftung** eines RA/StB/WP wegen einer verdeckten Sacheinlage lag dem BGH zur Entscheidung vor: Der Berater sollte eine **Unternehmensbeteiligung** neuer Gesellschafter bei gleichzeitiger Kapitalerhöhung „anwaltlich begleiten“. Dabei übernahmen die Altgesellschafter einen kleinen Teil der Kapitalerhöhungsbeträge gegen Verrechnung mit ihren Gewinnausschüttungsansprüchen. Über das Risiko, daß die Verrechnung den Kapitalerhöhungsanspruch der Gesellschaft nicht zum Erlöschen brachte, hat der Rechtsanwalt die Altgesellschafter nicht aufgeklärt. Der BGH hat hierzu festgestellt, daß diese in den Schutzbereich des mit der GmbH geschlossenen Anwaltsvertrages einbezogen gewesen waren. Er weist darauf hin, daß die geschuldete Beratung unmittelbaren Einfluß auf die Vermögensinteressen der Altgesellschafter hatte. Es habe insoweit auch **kein gegenläufiges Interesse** zwischen ihnen und der GmbH bestanden.

Im inhaltlichen Zusammenhang damit steht ein Urteil des OLG Köln. Hier bemängelte ein Mandant, vom Rechtsanwalt nicht umfassend über **Anspruchsmöglichkeiten gegen Versicherungen** aufgeklärt worden zu sein. Das OLG stellt hierzu fest, daß grundsätzlich zwar eine Pflicht zur umfassenden Beratung und Belehrung bestehe. Das Ausmaß hänge aber – wie immer – vom Einzelfall ab. Hier hatte der Mandant den Anwalt konkret beauftragt, gegen einen Sozialversicherungsträger vorzugehen. Es fehlten auch Anhaltspunkte dafür, daß er nach bestehenden Berufsunfähigkeits-, Unfall- oder sonstigen Versicherungen hätte fragen müssen.

Einen in der Steuerberaterpraxis häufigen Sachverhalt betrifft die Bildung von **Pensionsrückstellungen**. Hier hatte der Berater wegen der Komplexität der Materie dazu aufgefordert, einen externen Berater zur Planung und Entwicklung der betrieblichen Altersversorgung beizuziehen. Später hat er bei der Bilanzerstellung Rückstellungen gebildet, ohne deren steuerrechtliche Voraussetzungen zu prüfen. Die Erdienbarkeit der Zusage war nicht gegeben. Das OLG Düsseldorf befaßt sich dabei auch mit der geänderten Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs.

Zu formalen Fragen bei der **Verjährungsunterbrechung**: Das **Mahnverfahren** unterbricht den Lauf der Verjährungsfrist nicht, wenn der Vorschuß für das streitige Verfahren nicht innerhalb von sechs Monaten nach Zahlungsaufforderung eingeht. Das Klageverfahren mit einem anderen Kläger setzt nicht das Mahnverfahren fort (OLG Düsseldorf).

Zum Schluß ein Alltagsfall aus der Notarpraxis: Der Käufer eines Grundstücks wird nicht darauf hingewiesen, daß es wegen fehlender dinglicher Sicherung eines Überfahrtsrechts zu Schwierigkeiten kommen kann. Wo liegt der Schaden und wie ist er beweisbar zu machen (LG Marburg)?



Mit freundlichen Grüßen  
Ihr Dr. Jürgen Gräfe

## GI Aktuell

### Bundesgerichtshof ändert Rechtsprechung zur Haftung des Auftraggebers für Vorunternehmer

Der Bundesgerichtshof (BGH) hat sich in zwei Fällen erneut mit der Frage beschäftigt, ob und inwieweit der Auftraggeber eines Bauwerks dafür **haftet, daß ein Nachunternehmer seine Werkleistung nicht in der vereinbarten Zeit erbringen kann, weil der Vorunternehmer, auf dessen Arbeiten die nachfolgende Werkleistung aufbaut, seine Leistung nicht zeitgerecht oder ordnungsgemäß erbracht hat.**

Im Verfahren VII ZR 38/99 verlangte die Klägerin von ihrem Auftraggeber die Bezahlung verzögerungsbedingter Mehrkosten, weil sie ihre Arbeiten wegen unzureichender Gründungsarbeiten des Vorunternehmers nicht in der vereinbarten Zeit erbringen konnte.

Im Verfahren VII ZR 185/98 wollte die Klägerin von ihrem Auftraggeber Ersatz von Mehrkosten für Löhne, Geräte, Baustellengemeinkosten, allgemeine Geschäftskosten, Wagnis und Gewinn, weil sie wegen verzögerlicher Leistungen des Vorunternehmers ihre Arbeiten nicht in der vertraglich vorgesehenen Zeit erbringen konnte.

Der BGH hat zunächst die schon in einem Urteil aus dem Jahre 1985 vertretene Rechtsansicht bestätigt, **daß die durch fehlerhafte Werkleistungen des Vorunternehmers bedingten Verzögerungen dem Auftraggeber nicht zugerechnet werden könnten**, weil der Vorunternehmer insoweit nicht Erfüllungsgehilfe des Auftraggebers sei. Der Auftraggeber übernehme außerhalb des Bereiches der Planung und Koordination regelmäßig keine Verpflichtung gegenüber dem Nachunternehmer, notwendige Vorarbeiten zu erbringen.

Ausdrücklich aufgegeben hat der BGH jetzt die früher vertretene Ansicht, daß eine Haftung in diesen Fällen nicht in Betracht kommt. **Dem Nachunternehmer steht Anspruch auf angemessene Entschädigung zu, wenn der Auftraggeber durch das Unterlassen einer bei der Herstellung des Werkes erforderlichen Mitwirkungshandlung in Annahmeverzug kommt.** Annahmeverzug liegt vor, wenn der Auftraggeber seine Leistung nicht oder nicht rechtzeitig erbringt, der Unternehmer seinerseits leisten darf, zur Leistung bereit und imstande ist und seine Leistung wie geschuldet anbietet. Der Anspruch auf angemessene Entschädigung erfaßt nicht Wagnis und entgangenen Gewinn.

Wegen der Höhe des Anspruchs im übrigen hat der BGH die Sachen an die Oberlandesgerichte zurückverwiesen.

(BGH, Urt. v. 13.1.2000 - VII ZR 38/99, v. 21.10.1999 - VII ZR 185/98)

Pressemitteilung d. BGH v. 23.2.2000

**BFH: Kein Gestaltungsmissbrauch durch sog. Outsourcing in Kapitalanlagegesellschaft in den „Dublin-Docks“**

Mit Urteil vom 19.1.2000 - I R 94/97 hat der Bundesfinanzhof (BFH) eine Grundsatzentscheidung zum sog. Steuerdumping innerhalb der Europäischen Gemeinschaften getroffen.

1987 errichtete Irland im ehemaligen Hafengebiet von Dublin (Custom House Docks Area) ein Zentrum für internationale Finanzdienstleistungen (International Financial Service Centre - IFSC). Ziel dieses Zentrums ist es, Irland für internationales Investitionskapital ausländischer Unternehmen attraktiv zu machen, dadurch neue qualifizierte Arbeitsplätze mit hoher Wertschöpfung zu schaffen und der strukturellen Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken.

Zur Förderung dieser Ziele gewährt Irland den IFSC-Unternehmen anstelle der regulären Steuerbelastung (mit 36 v.H. bis 1997 und derzeit 28 v.H.) eine zeitlich befristete Ermäßigung des Körperschaftsteuersatzes auf 10 v.H. sowie zusätzliche Abschreibungsvorteile. Voraussetzung, um in den Genuß der Steuervorteile zu gelangen, ist die Erteilung eines speziellen Zertifikats durch das irische Finanzministerium.

Diese steuerlichen Vergünstigungen, insbesondere die Körperschaftsteuerermäßigung, stellen staatliche Beihilfen i.S.v. Art. 87 ff des EG-Vertrages dar. Sie bedurften deswegen der Genehmigung durch die EU-Kommission. Die Genehmigung aus dem Jahr 1987 war zunächst auf drei Jahre beschränkt. Sie wurde zwischenzeitlich mehrfach verlängert, zuletzt bis zum 31.12.2005, für IFSC-Gesellschaften, die ab Juli 1998 gegründet wurden, lediglich bis Ende 2002.

Die Kritik der anderen EU-Mitgliedstaaten an den Fördermaßnahmen führte am 1.12.1997 zur Verabschiedung des EU-Verhaltenskodexes. Die Republik Irland hat sich im Juli 1998 mit der EU-Kommission darauf verständigt, den allgemeinen Körperschaftsteuersatz bis zum 1.1.2003 schrittweise auf 12,5 v.H. zu senken und diesen

Steuersatz ab dem Jahr 2006 auch auf IFSC-Gesellschaften anzuwenden.

Vor dem Hintergrund dieser als „Steuerdumping“ oder „Wettbewerb der Steuersysteme“ bezeichneten Situation ging es in dem vom I. Senat des BFH entschiedenen Fall um ein inländisches Presseunternehmen, das sich mit einer Kapitaleinzahlung von rund 60 Mio. DM an einer IFSC-Kapitalgesellschaft zum Zweck der Anlage des eingezahlten Kapitals beteiligte. **Die irische Gesellschaft verfügte über keinen eigenen Geschäftsbetrieb, sondern lediglich über einen Vorstand.** Ihre Geschäftsführung und Verwaltung wurde einer irischen Managementgesellschaft übertragen. Für die vereinnahmten Erträge aus den Anlagen beanspruchte die Klägerin die Gewährung des Schachtelprivilegs nach dem Doppelbesteuerungsabkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Irland (DBA-Irland) i.V.m. § 10 Abs. 5 des Außensteuergesetzes (AStG) und damit die inländische Steuerfreistellung.

Das Finanzamt versagte dies. Es sah in der **Auslagerung** („Outsourcing“) **von Kapitaldienstleistungen** und Kapitalanlagen und in der Zwischenschaltung der irischen Kapitalanlagegesellschaft einen Mißbrauch steuerlicher Gestaltungsmöglichkeiten des Rechts i.S.v. § 42 der Abgabenordnung. Daß die irische Fördermaßnahme seitens der EU-Kommission genehmigt worden ist, widerspreche dem nicht, da das Ertragsteuerrecht innerhalb der EU nicht harmonisiert sei.

Der BFH ist dem nicht gefolgt. Die irische Kapitalanlagegesellschaft erziele zwar lediglich passive Einkünfte. Dies sei jedoch Folge der Beschränkung ihrer Tätigkeit auf das Kapitalanlagegeschäft. Insofern sei sie **nicht wie eine sog. Briefkastenfirma eigenwirtschaftlich funktionslos**. Daran ändere der Umstand nichts, daß sie die Ausführung der einzelnen Anlagegeschäfte in wesentlichen Bereichen der Managementgesellschaft überlassen habe. Auch vom AStG würden passiv tätige Kapitalanlagegesellschaften weitgehend akzeptiert und einem Mißbrauchsverdikt entzogen. Die Frage, ob für ein derartiges „Outsourcing“ von Anlagekapital im niedrig besteuerten Ausland wirtschaftliche, außersteuerliche Gründe maßgeblich waren, stelle sich deshalb nicht. Allerdings komme die Gewährung des abkommensrechtlichen Schachtelprivilegs nach dem DBA-Irland nur für Beteiligungen an einer irischen „company limited by shares“ in Betracht.

Der BFH hatte noch zur Rechtslage unter der Geltung des § 10 Abs. 5 AStG bis zu dessen Änderung durch das Steueränderungsgesetz 1992 zu entscheiden. Seitdem bleibt diese Vorschrift gemäß § 10 Abs. 6 AStG unter bestimmten Voraussetzungen für Beteiligungen an Kapitalanlagegesellschaften und für daraus erzielte „Zwischeneinkünfte mit Kapitalanlagecharakter“ unanwendbar mit der Folge, daß sich dann keine inländische Steuerfreistellung ergäbe.

Der I. Senat des BFH hat mit Parallelurteil vom gleichen Tag – I R 117/97, das nicht zur amtlichen Veröffentlichung vorgesehen ist, **zur Beteiligung eines inländischen Versicherungsunternehmens an einer IFSC-Gesellschaft entschieden.**

(BFH, Urt. v. 19.1.2000 – I R 94/97)

Pressemitteilung d. BFH v. 14.3.2000

## GI Leitsätze

### Notarpflichten/Befristeter Treuhandvertrag/Treuhandauftrag der Bank

Überweist eine Bank an einen Notar zur Finanzierung eines Grundstückskaufs zwischen einem Dritten als Verkäufer und ihrem Darlehensnehmer als Käufer einen Geldbetrag mit der Maßgabe, daß der Notar nur unter bestimmten Voraussetzungen zu dessen Weiterleitung an den Verkäufer befugt sei, so kommt in der Regel ein nur zweiseitiges Treuhandverhältnis zwischen Bank und Notar zustande, ohne Beteiligung des Käufers/Darlehensnehmers.

(OLG Braunschweig, Beschl. v. 1.9.1999 – 2 W 125/99, OLG-Report 1999, 380)

### Widerruf von Behauptungen/Unterlassungsanspruch/Tatsachenbehauptung oder Schmähkritik/Rechtsverteidigung

1. Ein Rechtsanwalt kann grundsätzlich nicht die Unterlassung solcher Äußerungen verlangen, die ein Dritter im Rahmen einer bei der Rechtsanwaltskammer eingereichten Beschwerde über vermeintliche Versäumnisse des Rechtsanwalts macht.

2. Ein Betroffener kann grundsätzlich nicht die Unterlassung solcher Äußerungen verlangen, die ein Dritter zu seiner Rechtsverteidigung

vorprozessual gegenüber dem Rechtsanwalt des Betroffenen oder in einem gerichtlichen Verfahren vorbringt.

3. Beklagt sich der Vertreter einer Interessengemeinschaft, der dem Mandanten eines Rechtsanwalts bei der Durchsetzung von Rechten gegenüber einer Verwaltungsbehörde behilflich war, bei der Verwaltungsbehörde über vermeintliche Versäumnisse des Rechtsanwalts, so kann dem Rechtsanwalt ein Unterlassungsanspruch nur wegen konkreter, dem Beweis zugänglicher Tatsachenbehauptungen oder im Fall der Schmähkritik zustehen.

(OLG Köln, Urt. v. 28.5.1999 – 11 U 265/98, OLG-Report 1999, 302)

### Notarhaftung/Grundstückskaufvertrag/Treuhandtätigkeit gegenüber Kreditgeber?

1. Zur Haftung des Notars bei der Beurkundung von Grundstückskaufverträgen gegenüber der den Kaufpreis kreditierenden Bank.

2. Nur eine „Treuhandtätigkeit“ (Betreuungstätigkeit i.S.v. § 24 BNotO), die der Notar im Auftrag und im Rahmen einer eigenständigen Rechtsbeziehung mit der kreditierenden Bank übernimmt, kann im Regelfall Amtspflichten zugunsten dieser begründen.

(OLG Koblenz, Urt. v. 20.1.1999 – 1 U 903/96, OLG-Report 1999, 342)

### Unbefugte Hilfeleistung in Steuersachen/Finanzbuchhaltung/Einrichtung der Buchführung/Freier Dienstleistungsverkehr, Art. 59 EGV

1. Die werbende Verwendung von Begriffen wie „Finanzbuchhaltung“, „Finanzbuchführung“, „Einrichtung der Buchführung“ durch ein zur unbeschränkten Hilfeleistung in Steuersachen nicht befugtes Rechenzentrum ist irreführend i.S.d. § 3 UWG, weil sie geeignet ist, bei den angesprochenen Verkehrskreisen den Eindruck zu erwecken, das werbende Unternehmen sei zur Wahrnehmung sämtlicher mit der Buchhaltung zusammenhängender Aufgaben befugt.

2. Das Verbot der unbefugten Hilfeleistung in Steuersachen nach Maßgabe der §§ 5 und 6 StBerG verletzt nicht den gemeinschaftsrechtlichen Grundsatz des freien Dienstleistungsverkehrs i.S.d. Art. 59 EGV.

(OLG Dresden, Urt. v. 1.9.1998 – 14 U 174/98, OLG-Report 1999, 286)

## Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter

- Kapitalerhöhung
- Verdeckte Sacheinlage
- Anwaltliche Beratung
- Schutzwirkung zugunsten der Gesellschafter (BGH, Urt. v. 2.12.1999 - IX ZR 415/98)

### Leitsatz:

Ein Vertrag, durch den ein Rechtsanwalt von einer GmbH beauftragt ist, die für eine Kapitalerhöhung erforderlichen Erklärungen und Beurkundungen vorzubereiten, kann, soweit es um die mit einer verdeckten Sacheinlage verbundenen Risiken geht, Schutzwirkung zugunsten der an der Kapitalerhöhung teilnehmenden Altgesellschafter haben.

### Zum Sachverhalt:

Die Kläger sind Gesellschafter der K. Tiernahrung K. GmbH (im folgenden: GmbH oder Gesellschaft). Der Beklagte, der die Gesellschaft längere Zeit als Wirtschaftsprüfer und Steuerberater betreute, war aufgrund eines bereits mit der Rechtsvorgängerin der GmbH abgeschlossenen Vertrages auch ihr ständiger rechtlicher Berater. Im Jahre 1993 beauftragte ihn der Kläger zu 2) als damaliger Geschäftsführer, Verhandlungen mit einem belgischen und einem niederländischen Unternehmen über deren Beteiligung an der GmbH „anwaltlich zu begleiten“.

Unter Mitwirkung des Beklagten einigten sich die Beteiligten in einem „letter of intent“ vom 3.6.1993 darauf, daß das Stammkapital von 8,5 Mio. DM auf 14,25 Mio. DM erhöht werden sollte. Das Bezugsrecht für die neuen Gesellschaftsanteile sollten in Höhe von insgesamt 4,75 Mio. DM die beiden ausländischen Unternehmen erhalten; den von der Kapitalerhöhung verbleibenden Restbetrag von 1 Mio. DM sollten die bisherigen Gesellschafter „aus Gesellschaftsmitteln (Kapitalrücklage und Bilanzergebnis 1992)“ übernehmen.

Diese Finanzierungsform entsprach einem Vorgehen, das bereits in einer vorangegangenen, vom Beklagten protokollierten Besprechung vom 3.5.1993 vorgesehen war. Die am 3.6.1993 vereinbarten Schritte wurden in einer insoweit notariell beurkundeten Gesellschafterversammlung vom 28.6.1993 in der Weise vollzogen, daß die Altgesellschafter in voller Höhe zur Über-

nahme der neuen Stammeinlagen zugelassen wurden, daß sie jedoch die Übernahmerechte ganz oder teilweise abtreten durften. Die neuen Stammeinlagen waren „bis zum 30. Juni 1993 in voller Höhe ihrer Nennbeträge in bar einzuzahlen“.

In derselben Gesellschafterversammlung wurde der Jahresabschluß zum 31.12.1992 festgestellt; es wurde beschlossen, den dort ausgewiesenen Jahresüberschuß in Höhe von 1.170.636 DM zum 1.7.1993 an die Gesellschafter auszuschütten. Die Gesellschafter traten später ihre Übernahmerechte bis auf einen Betrag von insgesamt 1 Mio. DM an eine von dem belgischen und dem niederländischen Unternehmen zu diesem Zweck gegründete neue Gesellschaft ab. Die verbleibenden Einlagebeträge von insgesamt 1 Mio. DM wurden mit den Ansprüchen der Gesellschafter aus der am 28.6.1993 beschlossenen Gewinnausschüttung verrechnet.

Die Kläger haben Feststellung beantragt, daß der Beklagte verpflichtet sei, ihnen sämtliche Schäden zu ersetzen, die ihnen daraus entstünden, daß die Kapitalerhöhung vom 28.6.1993 als Bar- anstatt als Sachkapitalerhöhung beurkundet worden sei, „insbesondere sie ... von etwaigen Ansprüchen der ... GmbH ... und/oder Dritter auf Ersatz einer nochmaligen Einlagenleistung einschließlich etwaiger Steuern, Kosten und Auslagen freizustellen“.

Das Landgericht hat der Klage stattgegeben. Das Berufungsgericht hat die Berufung des Beklagten zurückgewiesen, nachdem die Kläger den mit dem Wort „insbesondere“ beginnenden Teil des Feststellungsantrags zurückgenommen haben. Mit der Revision verfolgt der Beklagte seinen Antrag auf Abweisung des noch verbliebenen Teils der Feststellungsklage weiter.

Die Revision führt zur Aufhebung und Zurückverweisung.

### Aus den Gründen:

#### I.

Das Berufungsgericht hat zur Zulässigkeit der Feststellungsklage ausgeführt: Wenn es sich bei der Verrechnung der Einlageverpflichtungen der Kläger mit deren Gewinnansprüchen um verdeckte Sacheinlagen gehandelt habe und dies auf einer Pflichtverletzung des Beklagten beruhe, könne den Klägern daraus zumindest dadurch

ein Schaden entstanden sein, daß eine Heilung der fehlerhaften Kapitalerhöhung mit Mehrkosten verbunden sein könne. Das nach § 256 Abs. 1 ZPO erforderliche rechtliche Interesse sei schon deswegen zu bejahen, weil ohne die Klageerhebung die Verjährung eines etwaigen Schadenersatzanspruchs der Kläger drohe.

Diese Beurteilung steht im Einklang mit der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs zu den Voraussetzungen, unter denen eine Feststellungsklage erhoben werden kann (vgl. *Urt. v. 15.10.1992 - IX ZR 43/92, WM 1993, 251, 259 f; v. 29.4.1993 - IX ZR 109/92, WM 1993, 1511, 1512*).

Die Revision wendet ein, es sei nicht festgestellt, daß etwaige Heilungskosten von den Klägern zu tragen seien; die Kosten der Kapitalerhöhung von 1993 habe die Gesellschaft übernommen. Das läßt jedoch das für die Feststellungsklage erforderliche rechtliche Interesse nicht entfallen. In den Tatsacheninstanzen hat der Beklagte nicht in Zweifel gezogen, daß zusätzliche, durch Heilungsmaßnahmen veranlaßte Kosten für die Kläger einen Schaden darstellen würden. Die Revisionserwiderung weist zutreffend darauf hin, daß solche Aufwendungen, wenn sie von der Gesellschaft zu tragen sein sollten, die Gesellschaftsanteile der Kläger entwerten könnten.

## II.

Das Berufungsgericht hat gemeint, der Beklagte habe durch die Art seiner Mitwirkung beim Zustandekommen der am 28.6.1993 beschlossenen Kapitalerhöhung den Klägern gegenüber bestehende Pflichten verletzt und müsse diesen deshalb etwaige dadurch verursachte Schäden ersetzen.

Die dagegen gerichteten Revisionsangriffe sind unbegründet.

**1. Die Verrechnung der von den Klägern bei der Kapitalerhöhung auf eigene Rechnung übernommenen Einlageverbindlichkeiten von insgesamt 1 Mio. DM mit ihren Gewinnansprüchen erfüllte, wie das Berufungsgericht rechtsfehlerfrei ausgeführt hat, den Tatbestand einer verdeckten Sacheinlage.** Es handelte sich um eine im sog. „Schütt-aus-hol-zurück“-Verfahren durchgeführte Kapitalerhöhung, die nach der damaligen Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs nur unter Beachtung der Sacheinlagevorschriften zulässig war (*BGHZ 113, 335, 340 ff*) und für die nach einer neueren Entscheidung

des Bundesgerichtshofs **zumindest - bei Offenlegung der Zusammenhänge gegenüber dem Registergericht - die für die Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln geltenden Vorschriften (§§ 57c ff GmbHG) einzuhalten sind** (*BGHZ 135, 381, 384 ff*).

Das von den Beteiligten im Jahre 1993 gewählte Verfahren war unter allen diesen rechtlichen Gesichtspunkten unzulässig. Die Revision begründet ihre gegenteilige Ansicht damit, daß eine Verpflichtung der Gesellschafter, den ausgeschütteten Betrag der Gesellschaft wieder zur Verfügung zu stellen, nicht bestanden habe und die Ausschüttung auch nicht in einem auffälligen Zusammenhang mit der Kapitalerhöhung gestanden habe. In letzterer Hinsicht ist diese Auffassung angesichts des zusammen mit der Kapitalerhöhung gefaßten Ausschüttungsbeschlusses nicht verständlich.

**Die zeitliche und sachliche Nähe der von der Gesellschaft an den einlagepflichtigen Gesellschafter zu erbringenden Leistung zu der Erfüllung der Einlageverpflichtung ist für den Tatbestand einer verdeckten Sacheinlage jedenfalls insofern von Bedeutung, als sie ein gewichtiges Indiz für das Vorliegen einer - wenn auch unwirksamen - Abrede der Gesellschafter darstellt, die Einlageverpflichtung im wirtschaftlichen Ergebnis durch Einbringung eines anderen Gegenstands als einer Barzahlung zu erfüllen.**

Daß es entscheidend auf eine solche Abrede ankommt, hat der Bundesgerichtshof inzwischen entschieden (*BGHZ 132, 133, 139*), nachdem er dies in früheren Entscheidungen vom 15.1.1990 (*BGHZ 110, 47, 65*) und 21.2.1994 (*BGHZ 125, 141, 143 f*) noch offengelassen hatte. **Wird eine derartige Absprache getroffen, so handelt es sich auch dann um eine verdeckte Sacheinlage, wenn die Forderung des Gesellschafters erst nach der Begründung der Einlageverpflichtung entstanden ist** (*BGHZ 132, 141, 145 f*).

Daß im vorliegenden Fall die Verrechnung der Einlageforderungen der Gesellschaft mit den Gewinnauszahlungsansprüchen der Gesellschafter von vornherein abgesprochen worden war, ergibt sich aus dem Protokoll über die Besprechung vom 3.5.1993 und dem „letter of intent“ vom 3.6.1993. Es ist unerheblich, daß damit keine rechtliche Verpflichtung zur Wiedereinzahlung des ausgeschütteten Gewinns begründet wurde.

**2. Eine verdeckte Sacheinlage begründet für den Gesellschafter die Gefahr, die Einlage bei Vermögensverfall der Gesellschaft im wirtschaftlichen Ergebnis doppelt aufbringen zu müssen; denn er bleibt zur Bareinzahlung verpflichtet, ohne bei Insolvenz der Gesellschaft seine anderweitige Forderung gegen diese verwirklichen zu können.** Auf eine solche Gefahr muß ein bei der Kapitalerhöhung mitwirkender Rechtsberater hinweisen. Der Beklagte hat seine insoweit – auch – den Klägern gegenüber bestehende Verpflichtung schuldhaft verletzt.

a) Der Beklagte wußte aus seiner Mitwirkung bei den Vorgesprächen – er hat den Inhalt der Besprechung vom 3.5.1993 protokolliert und den „letter of intent“ verfaßt –, daß in Höhe eines Betrages von 1 Mio. DM eine Kapitalerhöhung im „Schütt-aus-hol-zurück“-Verfahren durchgeführt werden sollte.

Darüber, daß in einem solchen Vorgang eine verdeckte Sacheinlage zu sehen war, bestand seit dem Urteil des Bundesgerichtshofs vom 18.2.1991 (*BGHZ 113, 335*) kein Zweifel. Der Bundesgerichtshof hatte ferner bereits im Jahre 1978 entschieden, daß eine „vorabgesprochene“ Verrechnung einer Einlageforderung mit Gewinnansprüchen auch dann nichtig ist, wenn es sich dabei um erst künftig entstehende Ansprüche handelt (*Urt. v. 21.9.1978 – II ZR 214/77, WM 1978, 1271; vgl. auch die weiteren Nachweise von Rechtsprechung und Schrifttum im Urt. v. 4.3.1996, BGHZ 132, 141, 145*).

Vor dem Hintergrund dieser Rechtslage, wie sie sich dem Beklagten im Jahre 1993 darstellte, war dieser verpflichtet, auf die Gefahren, die mit dem beabsichtigten Vorgehen verbunden waren, hinzuweisen. Entgegen der Ansicht der Revision und dem vom Beklagten bereits in den Vorinstanzen eingenommenen Standpunkt war diese Gefahr nicht dadurch ausgeräumt, daß der Kapitalerhebungsbeschluß die Pflicht zur Bareinzahlung begründete.

**Gerade darin, daß, wie der Beklagte wußte, die sich daraus ergebenden Verbindlichkeiten durch Verrechnung mit den gleichzeitig beschlossenen Gewinnauszahlungsansprüchen getilgt werden sollten, auf diese Weise aber nicht zum Erlöschen gebracht werden konnten, bestand das Risiko, über das der Beklagte die Beteiligten hätte aufklären müssen.** Wenn ihm das nicht bewußt war, dann beruht das auf einer Verletzung der von ihm zu erwartenden Sorgfaltspflicht; als rechtlicher Berater, der bei

der Vorbereitung der Kapitalerhöhung hinzugezogen wurde, hätte er sich über die Rechtslage informieren müssen.

Der Beklagte hat freilich eingewandt, **seine Aufgabe sei es nur gewesen, die Aufnahme neuer Gesellschafter im Zusammenhang mit der Kapitalerhöhung „anwaltlich zu begleiten“**; sein Mandat habe nicht die Prüfung der Frage umfaßt, wie die Gefahr einer verdeckten Sacheinlage vermieden werden könne.

Hierzu hat das Berufungsgericht jedoch festgestellt, daß der Beitritt der neuen Gesellschafter und die zu diesem Zweck vorgesehene Kapitalerhöhung unter Beteiligung der Altgesellschafter in untrennbarem Zusammenhang standen und daß Gegenstand der dem Beklagten aufgetragenen Tätigkeit die Vorbereitung aller dazu erforderlichen Erklärungen und Beurkundungen war.

Die dagegen von der Revision erhobene Verfahrensrüge ist nicht begründet. Das Berufungsgericht hat seiner Feststellung keinen allgemeinen, von der Revision bestrittenen Erfahrungssatz zugrundegelegt, sondern den konkreten Geschehensablauf tatrichterlich gewürdigt. Ein Rechtsfehler ist darin nicht zu erkennen.

b) Das Berufungsgericht hat angenommen, die Pflichten, die der Beklagte bei seiner Mitwirkung an den schließlich am 28.6.1993 beurkundeten Vorgängen zu erfüllen gehabt habe, **hätten nicht nur der Gesellschaft, sondern auch den Altgesellschaftern gegenüber bestanden.** Es hat dazu in erster Linie festgestellt, seine Auftraggeber seien insoweit nicht nur die Gesellschaft, sondern auch die Gesellschafter gewesen. Ob dies den Angriffen der Revision standhalten könnte, kann auf sich beruhen. Jedenfalls ist die Hilfsbegründung des Berufungsgerichts, die Kläger seien in den Schutzbereich des mit der GmbH geschlossenen Anwaltsvertrags einbezogen gewesen, aus Rechtsgründen nicht zu beanstanden.

**Die mit einer verdeckten Sacheinlage verbundenen Gefahren treffen, soweit es um das Risiko geht, die Einlage später nochmals aufbringen zu müssen, nicht die Gesellschaft, sondern die zur Einlagezahlung verpflichteten Gesellschafter.** Das Ergebnis der zur Vermeidung dieser Gefahr geschuldeten Beratung hatte unmittelbaren Einfluß auf die Vermögensinteressen der Gesellschafter. Insoweit bestanden **keine gegenläufigen Interessen** zwischen der

GmbH und ihren Gesellschaftern. In einem solchen Fall sind die von einer Pflichtverletzung betroffenen Personen Adressaten der anwaltlichen Pflichten und bei pflichtwidriger Schadenzufügung dem Anwalt gegenüber schadenersatzberechtigt (vgl. dazu BGH, Urt. v. 10.10.1985 - IX ZR 153/84, WM 1985, 1475, 1476).

3. Zur Frage, wie sich die Kläger bei zutreffender Belehrung verhalten hätten, hat das Berufungsgericht ausgeführt, es spreche eine **Vermutung** dafür, daß sie dann eine **formgerechte Sachkapitalerhöhung beschlossen hätten**. Die Zweifel, die der Beklagte dagegen unter Hinweis auf den damit verbundenen Zeit- und Kostenaufwand angemeldet hat, hat das Berufungsgericht für nicht berechtigt gehalten, weil dieser Aufwand unter Abwägung mit der Gefahr der Doppelleistungspflicht nicht entscheidend ins Gewicht falle.

Die Einwendungen, die die Revision gegen diese vorwiegend auf tatrichterlichem Gebiet liegenden Erwägungen erhebt, sind nicht begründet. Es trifft zwar zu, daß die Sacheinlagevorschriften in der Praxis als lästig empfunden werden und daß deshalb jedenfalls in der Vergangenheit in großem Ausmaß versucht worden ist, sie nach Möglichkeit zu umgehen (vgl. BGH, Urt. v. 16.11.1995 - IX ZR 14/95, WM 1996, 78, 79).

Das lag aber vornehmlich daran, daß die **Beratungspraxis** in dem Bestreben, den „Bedürfnissen“ der betreuten Wirtschaftskreise entgegenzukommen, **allzu sorglos Ausweichstrategien aufgezeigt** und die damit verbundenen Gefahren nicht ernst genommen hat. Bei schonungsloser Aufklärung über die bei Anwendung der nötigen Sorgfalt nicht zu übersehende Rechtslage wäre dieser, wie mit dem Berufungsgericht mangels ausreichender Anhaltspunkte für das Gegenteil anzunehmen ist, durch gesetzeskonforme Gestaltung Rechnung getragen worden.

Die Revision wendet ein, die Kläger hätten sich bei richtiger Belehrung nicht für die Einhaltung der Sacheinlagevorschriften, sondern für die Offenlegung des „Schütt-aus-hol-zurück“-Verfahrens nach dem Muster des Urteils des Bundesgerichtshofs vom 26.5.1997 (BGHZ 135, 381) entschieden. Daß dies geschehen wäre, dürfte eher zweifelhaft sein, weil im Jahre 1993 nach dem Urteil vom 18.2.1991 (BGHZ 113, 335) die Zulässigkeit des vom Bundesgerichtshof erst im Jahre 1997 gewiesenen Weges zumindest zweifelhaft war. Darauf kommt es aber nicht an. Auch wenn in dieser Weise verfahren worden wäre, hätte

ein Doppelzahlungsschaden von vornherein vermieden werden können, wie der Bundesgerichtshof in seinem zwischenzeitlich ergangenen Urteil vom 26.5.1997 (BGHZ 135, 381) entschieden hat (vgl. II. 1.).

### III.

Das Berufungsurteil beruht jedoch, wie die Revision zu Recht rügt, wegen der Art und Weise, wie das Berufungsgericht den **Mitverschuldenseinwand** des Beklagten beschieden hat, auf einem Verfahrensfehler.

Das Berufungsgericht hat es für nicht ausgeschlossen gehalten, daß die Höhe der Mehrkosten, die bei einer Heilung gegenüber einer von vornherein in Form der Sacheinlage durchgeführten Kapitalerhöhung entstehen würden, dadurch mitverursacht sein könnte, daß die Kläger die Heilungsmaßnahmen nicht zu einem früheren Zeitpunkt eingeleitet haben. Das Berufungsgericht ist dieser Frage nicht weiter nachgegangen; es hat gemeint, diese bedürfe „im vorliegenden Feststellungsklageverfahren keiner Aufklärung“.

**Eine solche Verfahrensweise ist unzulässig. Nach ständiger Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs darf anders als beim Grundurteil im Feststellungsprozeß wegen der weitergehenden Rechtskraftwirkung eines Feststellungsurteils nicht offenbleiben, ob der Kläger den ihm entstandenen Schaden unter Mitverschuldensgesichtspunkten teilweise selbst tragen muß** (BGH, Urt. v. 25.11.1977 - I ZR 30/76, NJW 1978, 544; v. 15.6.1982 - VI ZR 179/80, NJW 1982, 2257; v. 7.6.1988 - IX ZR 278/87, WM 1988, 1352, 1355). **Das gilt auch für den Einwand nach § 254 Abs. 2 BGB** (BGH, Urt. v. 14.6.1988 - VI ZR 279/87, NJW 1989, 105).

Die Revisionserwiderung beruft sich für ihre gegenteilige Meinung zu Unrecht auf das Urteil vom 13.5.1997 (VI ZR 145/96, NJW 1997, 3176). Dort wird die soeben dargelegte Rechtsprechung ausdrücklich bestätigt (a.a.O., S. 3177, unter II. 2. b)).

### IV.

Das Berufungsurteil ist aus den Gründen zu III. aufzuheben.

Für das weitere Verfahren weist der Senat noch auf folgendes hin: Nach der Urteilsformel des Berufungsurteils ist die Berufung des Beklagten



gegen das erstinstanzliche Urteil insgesamt zurückgewiesen worden. Das Berufungsgericht ist dabei, wie sich aus den Gründen seines Urteils ergibt, davon ausgegangen, daß der oben erwähnte „insbesondere“-Zusatz infolge Klagerücknahme nicht mehr Gegenstand des Rechtsstreits war. Entfernt man diesen Zusatz aus dem Tenor des landgerichtlichen Urteils, so geht die nach dem Berufungsurteil bestehenbleibende Feststellung dahin, daß der Beklagte den Klägern „sämtliche Schäden“ aus der unzulässigen Barkapitalerhöhung zu ersetzen habe.

Dieser Wortlaut schließt einen Schaden ein, der auf der bestehengebliebenen Verpflichtung der Kläger zur Bareinzahlung beruht. Ob gleichwohl mit dem Wegfall des mit „insbesondere“ beginnenden Zusatzes die Pflicht des Beklagten zum Ersatz dieses Schadens von der Feststellung ausgenommen werden sollte, läßt sich jedenfalls der Urteilsformel nicht entnehmen.

Bei seiner erneuten Entscheidung **wird das Berufungsgericht Gelegenheit zur Klarstellung haben, welche Reichweite der von ihm zu treffenden Feststellung zukommen soll.** Dies wird davon abhängen, welchen Inhalt die im Berufungsverfahren erklärte, den „insbesondere“-Zusatz betreffende „Rücknahme“ der Klage hatte. Ihr Grund lag darin, daß das Berufungsgericht, wie es in einem Hinweisbeschluß den Parteien mitteilte, Bedenken hatte, das Interesse an der „Feststellung der noch von ungewissen zukünftigen Ereignissen abhängenden Freistellungsverpflichtung des Beklagten“ zu bejahen. Die Kläger äußerten sich dazu dahin, daß der mit dem Wort „insbesondere“ beginnende Zusatz „keine eigenständige Bedeutung“ habe und „gestrichen“ werden könne.

Im letzten Verhandlungstermin vor dem Berufungsgericht nahmen sie die Klage hinsichtlich dieses Teils des Klageantrags zurück. Das Berufungsgericht hat das, wie seinen Erläuterungen zur Kostenentscheidung zu entnehmen ist, offenbar so verstanden, daß sich der Feststellungsantrag und damit der von ihm gebilligte Teil der vom Landgericht getroffenen Feststellung nicht mehr auf die Pflicht des Beklagten, die Kläger von etwaigen Ansprüchen auf **nochmalige** Einlagenleistung freizustellen, beziehen solle.

Das stimmt indessen nicht mit der von den Klägern geäußerten Ansicht überein, jener später zurückgenommene Teil des Klageantrags habe keine „eigenständige Bedeutung“ gehabt.

Entgegen der Ansicht der Revision läßt sich dem Prozeßstoff auch nicht entnehmen, daß die Parteien übereinstimmend davon ausgingen, die Gefahr eines solchen Schadeneintritts sei entfallen, weil die GmbH jedenfalls nunmehr „gesund“ sei. Nach dem im Berufungsurteil wiedergegebenen Vortrag der Kläger soll deren Gewinnauszahlungsforderung nur dann werthaltig sein, wenn die Gläubigerbanken auf Forderungen in Höhe von 12,1 Mio. DM verzichteten, worüber noch verhandelt werde. **Das Berufungsgericht hat sich dazu jeder Feststellung enthalten.**

Möglicherweise hat sich das Berufungsgericht bei dieser Verfahrensweise von den nicht ganz zutreffenden Erwägungen leiten lassen, die in seinen Ausführungen zur Zulässigkeit der Feststellungsklage zum Ausdruck gekommen sind. Überdies zeigt der erwähnte Hinweisbeschluß, daß das Berufungsgericht eine unrichtige Vorstellung vom Zeitpunkt des Entstehens des in einer Doppelzahlungsverpflichtung bestehenden Schadens der Kläger hatte. Es hat gemeint, die Wahrscheinlichkeit einer Schadenentstehung sei nicht Voraussetzung der Zulässigkeit der Feststellungsklage, sondern nur ihrer Begründetheit.

Das trifft nur zu, wenn es um die Verletzung eines absoluten Rechts (wie der in § 823 Abs. 1 BGB genannten Rechtsgüter) geht (*Urt. v. 23.4.1991 - X ZR 77/89, WM 1991, 1737, 1738*). **Bei reinen Vermögensschäden** – solche sind Gegenstand des vorliegenden Rechtsstreits – **hängt dagegen bereits die Zulässigkeit der Feststellungsklage von der Wahrscheinlichkeit eines Schadeneintritts ab** (*BGH, Urt. v. 14.12.1995 - IX ZR 242/94, WM 1996, 548, 549*).

Eine solche Wahrscheinlichkeit hat das Berufungsgericht – zu Recht – bereits im Hinblick auf die mit einer Heilung der verdeckten Sacheinlagen voraussichtlich verbundenen Mehrkosten bejaht. Das reicht zum Erlaß eines alle – voraussehbaren – Schäden umfassenden Feststellungsurteils aus. **Sobald sich die Vermögenslage des Verletzten infolge einer bestimmten Verletzungshandlung auch nur in einem Punkt verschlechtert hat, ist der Schaden insgesamt entstanden; in diesem Zeitpunkt beginnt eine einheitliche Verjährung, auch soweit es um zunächst nur drohende, aber nicht unvorhersehbare Folgen geht** (*BGH, Urt. v. 5.11.1992 - IX ZR 200/91, WM 1993, 610, 612; v. 3.12.1992 - IX ZR 61/92, WM 1993, 510, 513 [Steuerberaterhaftung]*).

## Anwaltsvertrag

- Sachverhaltsaufklärung
  - Nachfragepflicht
  - Beweis für Mandatierung
- (OLG Köln, Urt. v. 4.8.1999 - 5 U 74/99)

### Leitsätze (d. Red.):

1. Holt der unfallgeschädigte Mandant beim Rechtsanwalt umfassenden Rat ein, so muß dieser nach den in diesem Zusammenhang bestehenden Berufsunfähigkeits-, Invaliditäts-, Unfall- und sonstigen Versicherungen fragen.
2. Eine umfassende Nachfrage- und Sachverhaltsaufklärungspflicht besteht nicht, wenn der Anwalt konkret beauftragt wird, gegen einen Sozialversicherungsträger vorzugehen. Das gilt insbesondere, wenn der Mandant anderweitige Ansprüche selbst in die Hand genommen hat.

### Aus den Gründen:

Die zulässige Berufung ist in der Sache aus den vom Landgericht zutreffend dargelegten Gründen, die durch das Berufungsvorbringen nicht erschüttert werden, unbegründet.

Der dem Kläger obliegende Beweis einer Mandatierung des Beklagten auch zur (rechtzeitigen) Geltendmachung der in Rede stehenden Ansprüche gegenüber der R-Versicherung ist nicht geführt. Das Landgericht hat die dazu durchgeführte Vernehmung der Ehefrau des Klägers und des Zeugen M. zutreffend gewürdigt.

Auch nach Auffassung des Senats können der Aussage der Ehefrau des Klägers überhaupt keine brauchbaren konkreten Angaben als Grundlage einer Beweiswürdigung zugunsten des Klägers entnommen werden. Soweit sie zunächst ausgesagt hat, das fragliche Gespräch mit dem Beklagten im Juni 1995 im Beisein des Klägers geführt zu haben, hat sie dies auf weiteres Befragen korrigieren müssen. Bei den in ihrer Aussage erwähnten übergebenen Unterlagen kann es sich ohne weiteres auch um solche gehandelt haben, die im Zusammenhang mit den vom Beklagten für den Kläger gegenüber der Berufsgenossenschaft geltend gemachten Ansprüchen standen. Ihrer Aussage kann nicht klar entnommen werden, wann denn eigentlich die diesbezüglichen Verhandlungen geführt worden sind. Es hätte dem Kläger obliegen, auch hierzu differenziert vorzutragen, was indes nicht geschehen ist.

Die Aussage des Zeugen M. steht einerseits schon im Widerspruch zu den eigenen Angaben des Klägers; andererseits korrespondiert sie ersichtlich gar nicht mit den übrigen unstreitigen Begleitumständen des Geschehens: Unstreitig liegt eine ausschließlich die Geltendmachung der in Rede stehenden Ansprüche betreffende Vollmachtserteilung des Klägers vor, die erst vom 2.12.1996 datiert. Insoweit ist zu berücksichtigen, daß die Geltendmachung der in Rede stehenden Ansprüche gegenüber der R-Versicherung bereits am 15.8.1996 verfristet war.

Die Formulierung des vom Beklagten unstreitig am 3.12.1996 an die Versicherung gerichteten Schreibens spricht für die Richtigkeit seines Vortrags; das Schreiben verschickte er sofort nach Erhalt der Unterlagen per Fax am 2.12.1996. Die diesbezügliche Behauptung des Zeugen, man habe die Unterlagen dem Beklagten in seinem Beisein bereits im Juni 1996 einmal persönlich übergeben, paßt dazu nicht; sie entspricht außerdem wiederum weder dem klägerischen Vortrag noch den Angaben der vernehmen Ehefrau. Insbesondere ist aber vorher ganz offenbar ausschließlich eine Korrespondenz zwischen dem Kläger persönlich und der Versicherung erfolgt, wie sich aus deren an den Kläger gerichteten Schreiben vom 10. und 18.10.1995 ergibt. Dieser Umstand ergibt dann keinen Sinn, wenn, wie vom Kläger behauptet, der Beklagte schon im Juni 1995 mit der Wahrnehmung seiner Interessen auch insoweit beauftragt worden sein soll.

Es mag nicht auszuschließen sein, daß dem Beklagten **Blankovollmachten** erteilt worden sind; dies legt die vom Beklagten mit Schriftsatz vom 4.6.1998 vorgelegte Vollmacht nahe, die im Gegensatz zu der vom 2.12.1996 bis auf die Unterschrift des Klägers mit Schreibmaschine ausgefüllt ist. Selbst diese Annahme rechtfertigt aber nicht, es als nachgewiesen anzusehen, daß der Kläger dem Beklagten bereits vor dem 15.8.1996 mit der Abwicklung von Ansprüchen (auch) gegen seinen Unfallversicherer beauftragt haben könnte. Insbesondere ist nicht nachgewiesen, daß der Kläger den Beklagten vor Ablauf der Frist überhaupt auf das Bestehen einer solchen Unfallversicherung aufmerksam machte.

Entgegen der vom Kläger in seiner Berufungsbegründung geäußerten Rechtsansicht bestand vorliegend auch **keine Verpflichtung des Beklagten, sich „vorsorglich“ nach dem Bestehen einer Unfallversicherung zu erkundigen.**

## Steuerberaterhaftung

Anhaltspunkte dafür, daß eine entsprechende Erkundigungspflicht des Beklagten unter den gegebenen Umständen bestanden haben könnte, hat der Kläger nicht vorgetragen.

Zwar ist anerkannt, daß ein Rechtsanwalt zur umfassenden Belehrung und Beratung seines Auftraggebers verpflichtet ist (vgl. Palandt/Heinrichs, BGB 58. Aufl. 1999, Rdnr. 39 f zu § 276 m.w.N.); das Ausmaß der danach gebotenen Abklärung des Sachverhalts hängt aber stets vom Einzelfall ab. **In Fällen, in denen ein geschädigter Mandant umfassenden Rat dahingehend erbittet, ob und gegen wen ggf. Ansprüche bestehen könnten, wird der beauftragte Rechtsanwalt umfassend nach einem etwaigen Schädiger sowie nach in diesem Zusammenhang bestehenden Berufsunfähigkeits-, Invaliditäts-, Unfall- oder sonstigen Versicherungen fragen müssen.**

Wird der Anwalt hingegen konkret beauftragt, gegen einen Sozialversicherungsträger vorzugehen, wie es vorliegend geschehen ist, braucht er daneben keine weitere Sachverhaltsaufklärung in jegliche andere Richtung zu betreiben, zumal dann nicht, wenn der Mandant es selbst in die Hand genommen hat, anderweitig möglicherweise gegebene Ansprüche geltend zu machen, wie es der Kläger vorliegend unstreitig getan hat.

Nach Auffassung des Senats fehlen vor diesem Hintergrund jegliche tatsächlichen Anhaltspunkte dafür, daß dem Beklagten eine gezielte Nachfrage nach einer bestehenden Unfallversicherung oblegen hätte. Der beklagte Rechtsanwalt durfte vielmehr davon ausgehen, daß er von seinem Mandanten darauf hingewiesen worden wäre, falls denn eine entsprechende Versicherung bestanden hätte, aufgrund derer sein Mandant weitere ggf. mit anwaltlicher Hilfe zu verfolgende Ansprüche herzuleiten beabsichtigte. Hierfür hat der Kläger indes nichts vorgetragen. **Insbesondere ergeben sich keine Anhaltspunkte dafür, daß aus Sicht des Beklagten das Bestehen einer privaten Unfallversicherung des Klägers naheliegend war oder ihm auch nur möglich erscheinen mußte.**

Eine unterlassene Nachfrage begründet deshalb nicht die Annahme einer Verletzung bestehender Beratungspflichten des Beklagten. Auch insoweit scheiden begründete Schadenersatzansprüche des Klägers gegen den Beklagten aus.

Die Berufung war deshalb zurückzuweisen.

- Mandatsinhalt, Hinzuziehung sachkundiger Dritter für Pensionsrückstellung
  - Umfassende Beratung
  - Bilanzerstellung, Prüfungspflichten, Vorlage von Verträgen
- (OLG Düsseldorf, Urt. v. 18.2.1999 - 13 U 60/98)

### Leitsätze:

1. Empfiehlt der Steuerberater dem Mandanten, vor dem Abschluß einer steuerlich wirksamen Pensionsvereinbarung zusätzlichen Rat einzuholen, so ist er dennoch verpflichtet, bei der erstmaligen Aufnahme von Pensionsrückstellungen in die Bilanz zu überprüfen, ob die Pensionsvereinbarung tatsächlich zustande gekommen ist.
2. Zu den Voraussetzungen einer steuerlich wirksamen Pensionsvereinbarung.

### Zum Sachverhalt:

Der Beklagte zu 1) ist Steuerberater der Klägerin. Haftpflichtversicherer des Beklagten zu 1) ist die Beklagte zu 2). Der Beklagte zu 3) übernahm steuerliche Beratungen, insbesondere auf dem Gebiet der betrieblichen Altersversorgung.

Durch Vertrag vom 26.2.1991 zwischen der Klägerin und H. wurde dieser mit Wirkung vom 1.3.1991 zum alleinvertretungsberechtigten Geschäftsführer der Klägerin bestellt. Seine Bezüge beliefen sich auf monatlich 15.000 DM bei 14 Monatsgehältern jährlich.

Am 26.2.1991 vereinbarten die Klägerin und H. unter Bezugnahme auf den Arbeitsvertrag vom 26.2.1991, daß H. ab 1.3.1991 künftig auf die Auszahlung von monatlich 9.000 DM über 14 Monatsraten im Jahr verzichtet. Als Gegenleistung für diesen Verzicht gewährte die Klägerin ihrem Geschäftsführer eine zusätzliche betriebliche Altersversorgung zum Pensionsstichtag 65. Lebensjahr, wobei die genauen Einzelheiten den „nachfolgenden Bestimmungen der Pensionsvereinbarung“ entnommen werden sollten. Diesen „Gehaltsverzicht/Altersversorgung“ unterzeichnete H. zum einen als Gesellschafter und zum anderen als Geschäftsführer der Klägerin.

Im Jahr 1991 empfahl der Beklagte zu 1) der Klägerin, zur Absicherung des Ruhestands des Geschäftsführers H. und zur Senkung der Steuer-

last der Klägerin zugunsten ihres Gesellschafter-Geschäftsführers H. eine betriebliche Altersversorgung einzurichten.

Mit Datum vom 2.9.1992 erstellte der Beklagte zu 3) der Klägerin eine Honorarrechnung über insgesamt 31.920 DM „für Beratungen in Fragen der betrieblichen Altersversorgung, insbesondere die Ausarbeitung einer Pensionszusage für den Gesellschafter-Geschäftsführer“ und für „Versicherungsmathematisches Gutachten über die Höhe der Pensionsverpflichtung aus dem Gehaltsverzicht über die Rückstellung in der Ertragsteuerbilanz zum 31.8.1991“. Diesen Rechnungsbetrag zahlte die Klägerin unmittelbar an den Beklagten zu 3).

Der Beklagte zu 3) erstattete mit Datum vom 30.9.1992 zwei versicherungsmathematische Gutachten über die Höhe der Pensionsrückstellungen für die Pensionsverpflichtungen aus dem Gehaltsverzicht für H. über die Rückstellung in der Ertragsteuerbilanz zum 31.8.1991 und zum 31.8.1992. In den nachfolgenden Jahren nahm der Beklagte zu 1) in der Bilanz Pensionsrückstellungen in unterschiedlicher Höhe vor.

Im August 1996 fand eine Betriebsprüfung für die Jahre 1991 bis einschließlich 1994 statt. Gemäß Bericht vom 26.11.1996 wertete das Finanzamt die Pensionsrückstellungen für die Jahre 1991 bis 1994 als verdeckte Gewinnausschüttungen und führte dazu aus, daß die Pensionszusage steuerlich schon deshalb nicht anerkannt werden kann, weil eine entsprechende Pensionsvereinbarung nicht vorgelegt werden konnte.

Die Klägerin verlangt mit der vorliegenden Klage die Erstattung der steuerlichen Mehrbelastung, die sich aufgrund der verdeckten Gewinnausschüttungen für die Jahre 1991 bis 1994 ergeben hat. Sie hat die Klage gegen die Beklagte zu 2) zurückgenommen.

Die Klägerin hat geltend gemacht: Da an Pensionsvereinbarungen strenge Voraussetzungen geknüpft seien und darüber hinaus die Berechnung der Höhe der jährlichen Rückstellungen relativ kompliziert sei, habe der Beklagte zu 1) empfohlen, den Beklagten zu 3) mit der Erstellung des Altersversorgungskonzepts zu beauftragen. Der Beklagte zu 1) habe sich erboten, den Kontakt zu dem Beklagten zu 3) herzustellen. Die Handlungen des Beklagten zu 1) hätten sich nicht nur darauf beschränkt, das Konzept des Beklagten zu 3) zu empfehlen. Vielmehr sei

der Beklagte zu 1) auch als ihr, der Klägerin, Vertreter an den Beklagten zu 3) herantreten und habe bei der Verwirklichung des Konzepts mitgewirkt.

Deshalb sei es dem Beklagten zu 1) verwehrt, sich darauf zurückzuziehen, daß er den Vorgang nicht mehr selbst, auch nicht grob, habe überprüfen müssen. Der Beklagte zu 1) sei im Rahmen des ihm erteilten Geschäftsbesorgungsauftrags verpflichtet gewesen, sie, die Klägerin, umfassend zu beraten und vor steuerlichen Schäden zu bewahren. Der Beklagte zu 1) hätte spätestens bei Erstellung des Jahresabschlusses für das Jahr 1991 auf das Fehlen der schriftlichen Pensionsvereinbarung hinweisen müssen.

Der Auftrag des Beklagten zu 3) sei auf die Installation einer steuerlich anzuerkennenden betrieblichen Altersversorgung zugunsten des Gesellschafter-Geschäftsführers gerichtet gewesen. Der Leistungsumfang ergebe sich aus der Honorarrechnung des Beklagten zu 3) vom 2.9.1997 in Verbindung mit seinem Leistungskatalog. Hierzu habe die Vorlage unterschrittreifer Verträge, insbesondere der Pensionsvereinbarung zwischen der Klägerin und deren Gesellschafter-Geschäftsführer gehört. Die Vorlage des schriftlichen Vertragsentwurfs sei somit Hauptleistungspflicht des Beklagten zu 3) gewesen, die dieser nicht erfüllt habe.

Die Beklagten zu 1) und 3) hätten durch ihre jeweiligen Handlungen den gesamten Schaden hervorgerufen, und zwar der Beklagte zu 1) dadurch, daß er steuerliche Rechnungslegungsvorschriften mißachtet und ihm obliegende Überwachungspflichten verletzt habe, und der Beklagte zu 3) dadurch, daß er wesentliche Hauptpflichten des ihm erteilten Auftrags nicht erfüllt habe.

Eine nachträgliche Heilung der fehlenden Schriftform der Pensionsvereinbarung sei nicht mehr möglich gewesen, weil die weiteren Anerkennungs Voraussetzungen, insbesondere der Erdienungszeitraum, nicht mehr hätten nachgeholt werden können. Diese Umstände hätten dem Beklagten zu 3) als Spezialist auf dem Gebiet der Pensionszusagen bekannt sein dürfen.

Der durch die steuerrechtlich nicht anerkannten Pensionsrückstellungen entstandene Steuerschaden belaufe sich auf insgesamt 408.640,43 DM. Davon entfalle ein Betrag von 12.548 DM auf Zinsen für die Gewerbesteuer rückstände für die Jahre 1991 bis 1995.

(Anträge ...)

Der Beklagte zu 1) hat vorgetragen: Ihm habe nicht die Beratung der Klägerin auf dem Gebiet der Bildung einer steuerlich wirksamen Pensionsvereinbarung oblegen. Wie die Klägerin selbst ausgeführt habe, habe sich nur der Beklagte zu 3) besonderer Sachkenntnisse auf diesem Gebiet gerühmt. Er, der Beklagte zu 1), habe die Klägerin ausdrücklich darauf hingewiesen, daß es sich um eine ausgesprochen komplizierte Materie handele, die ihn überfordere.

Mit dieser Aussage habe er deutlich eine eigene Beauftragung abgelehnt und ausdrücklich erklärt, daß dieses spezielle Mandat anderweitig vergeben werden müsse. Insoweit sei ein Vertragsverhältnis ausschließlich zwischen der Klägerin und dem Beklagten zu 3) zustande gekommen. Soweit er, der Beklagte zu 1), in dieses Auftragsverhältnis involviert gewesen sei, habe er als Stellvertreter gehandelt. Er habe auf die von dem Beklagten zu 3) erarbeitete Konzeption aufbauen und dessen Ergebnisse übernehmen können. Dies gelte insbesondere für die Erstellung der Jahresabschlüsse. Eine eigene Prüfungspflicht hinsichtlich der ausgearbeiteten Konzeption habe er nicht gehabt, so daß ein Schadenersatzanspruch gegen ihn nicht bestehe.

Im übrigen bestreite er die Höhe des geltend gemachten Schadens. Die Klägerin habe mit Schreiben vom 4.11.1997 gegen seine, des Beklagten zu 1), Honorarforderung in Höhe von 15.473,72 DM die Aufrechnung mit dem geltend gemachten Schadenersatzanspruch erklärt. Dies sei bei der Schadenberechnung mindernd zu berücksichtigen.

Durch Urteil vom 21.1.1998 hat das Landgericht die Klage abgewiesen und zur Begründung im wesentlichen ausgeführt, daß ein Schadenersatzanspruch der Klägerin schon deshalb nicht in Betracht komme, weil auch bei Vorliegen einer schriftlichen Pensionsvereinbarung die Bildung von Pensionsrückstellungen nicht mehr möglich gewesen sei, weil der für die steuerrechtliche Anerkennung erforderliche Erdienungszeitraum von 10 Jahren nicht mehr hätte erreicht werden können.

Gegen dieses Urteil hat die Klägerin Berufung eingelegt, mit der sie ihren erstinstanzlichen Antrag gegen den Beklagten zu 1) weiterverfolgt. Die gegen den Beklagten zu 3) eingelegte Berufung hat die Klägerin zurückgenommen.

Die Klägerin macht in zweiter Instanz geltend: Sie sei mit dem Beklagten zu 1) übereingekommen, daß dieser dafür sorgen solle, daß sie, die Klägerin, mit dem Gesellschafter-Geschäftsführer eine wirksame Pensionsvereinbarung treffe. Da der Beklagte zu 1) sich außerstande gesehen habe, die jährlichen Pensionsrückstellungen zu berechnen, habe er ihr, der Klägerin, empfohlen, den Beklagten zu 3) mit der Berechnung des Altersversorgungskonzepts zu beauftragen. Zwischen ihr, der Klägerin, und dem Beklagten zu 1) sei ein Steuerberatervertrag zustande gekommen, in dem der Beklagte zu 1) die Verpflichtung übernommen habe, eine wirksame Pensionsvereinbarung einzurichten. Er sei nicht als ihr Stellvertreter gegenüber dem Beklagten zu 3) aufgetreten.

Die Pflichtverletzung des Beklagten zu 1) bestehe darin, daß er nicht für das Vorliegen einer schriftlichen, steuerrechtlich anzuerkennenden Pensionsvereinbarung gesorgt habe und daß er es unterlassen habe, sich im Jahr 1991 bei der erstmaligen Bildung der Pensionsrückstellungen zu vergewissern, ob alle Voraussetzungen für die steuerliche Anerkennung einer Pensionszusage vorgelegen hätten.

Entgegen der Auffassung des Landgerichts habe der Erdienungszeitraum für die Pensionszusage nicht 10 Jahre, sondern nur 7 Jahre betragen.

(Anträge ...)

Der Beklagte wiederholt sein erstinstanzliches Vorbringen und trägt ferner vor: Er habe sämtliche Unterlagen einschließlich der Pensionsvereinbarung an Frau F. übergeben. Ihm könne deshalb nicht angelastet werden, daß die Pensionsvereinbarung nicht mehr aufgefunden worden sei. Im übrigen sei es nicht richtig, daß der Beklagte zu 1) im Januar/Februar 1991 der Klägerin zugesagt habe, für eine wirksame Pensionsvereinbarung zwischen ihr und dem Gesellschafter-Geschäftsführer zu sorgen.

Er habe vielmehr der Klägerin in aller Deutlichkeit erklärt, er könne bei der steuerrechtlichen Beratung im Zusammenhang mit einer Pensionsvereinbarung nicht behilflich sein. Er fühle sich nicht sicher genug. Er habe deshalb unter Vorlage der Unterlagen des Beklagten zu 3) empfohlen, diesen mit der Erfassung einer Pensionsvereinbarung zu beauftragen. Dabei habe er ausdrücklich erklärt, daß dieses spezielle Mandat von ihm nicht betreut werden könne, er habe nicht die notwendigen Kenntnisse in dieser

Materie. Die Eheleute ... hätten ihn daraufhin gebeten, den Beklagten zu 3) in ihrem Namen zu beauftragen. Dies habe er auch getan.

Nachdem er die Pensionsvereinbarung unterschrittsreif an Frau F. zur Weiterleitung an die Klägerin übergeben habe, habe er davon ausgehen können, daß die Pensionsvereinbarung von der Klägerin und H. unterschrieben und ordnungsgemäß verwahrt werde. Er sei nicht verpflichtet gewesen, bei der Bildung der Pensionsrückstellung jedesmal zu prüfen, ob eine wirksame Pensionsvereinbarung vorliege. (...)

Die Berufung der Klägerin ist unbegründet.

#### Aus den Gründen:

Die Klägerin hat gegen den Beklagten zu 1) einen Schadenersatzanspruch in Höhe von insgesamt 12.548 DM (Zinsen für die Gewerbesteuerückstände für die Jahre 1991 bis 1995) wegen Verletzung seiner steuerberaterlichen Pflichten. Dieser Anspruch der Klägerin aus positiver Vertragsverletzung ist jedoch durch Aufrechnung erloschen. Im übrigen ist die Klage gegen den Beklagten zu 1) unbegründet.

**Eine Pflichtverletzung des Beklagten zu 1) kann nicht darin gesehen werden, daß er nicht im Jahr 1991 für das Vorliegen einer unterschrittsreifen, die steuerrechtlichen Voraussetzungen erfüllenden Pensionsvereinbarung, die nur noch von der Klägerin und ihrem Gesellschafter-Geschäftsführer zu unterschreiben war, gesorgt hat.** Entgegen der Auffassung der Klägerin war das nicht eine dem Beklagten zu 1) vertraglich obliegende Aufgabe.

Nach der Behauptung des Beklagten zu 1) in seiner Klageerwidern vom 26.11.1997 hat er die Klägerin ausdrücklich darauf hingewiesen, daß es sich bei der Bildung von steuerlich wirksamen Pensionsvereinbarungen um eine ausgesprochen komplizierte Materie handele, die ihn überfordere. **Er habe deshalb deutlich eine eigene Beauftragung abgelehnt und ausdrücklich erklärt, daß dieses spezielle Mandat anderweitig vergeben werden müsse.** Er habe den Beklagten zu 3) empfohlen. Die Beauftragung zur Planung und Abwicklung des Konzepts der betrieblichen Altersversorgung sei dann unmittelbar im Verhältnis zwischen der Klägerin und dem Beklagten zu 3) erfolgt. Soweit er in dieses Auftragsverhältnis involviert gewesen sei, habe er als Stellvertreter gehandelt.

Die in diesem Vortrag enthaltene Tatsachenbehauptung des Beklagten zu 1) hat die Klägerin in erster Instanz gemäß § 288 ZPO zugestanden, so daß sie die Klägerin mangels wirksamen Widerrufs gegen sich gelten lassen muß.

Die Voraussetzungen für ein gerichtliches Geständnis nach § 288 ZPO sind erfüllt. Ein gerichtliches Geständnis kann sich nur auf Behauptungen beziehen, die die Gegenseite vorgetragen hat. Die Klägerin war daher nicht schon an den eigenen Vortrag in der Klagschrift gebunden, in der sie u.a. behauptet hat, im Hinblick darauf, daß an derartige Vereinbarungen (steuerrechtlich anzuerkennende Pensionsvereinbarungen) durch Gesetz, die Finanzrechtsprechung und -verwaltung strenge Voraussetzungen geknüpft seien, und darüber hinaus die Berechnung der Höhe der jährlichen Rückstellungen relativ kompliziert sei, habe der Beklagte zu 1) empfohlen, insoweit den ihm anderweitig bekannten Beklagten zu 3) mit der Erstellung des Altersversorgungskonzepts zu beauftragen.

Der Beklagte zu 1) habe als ihr Vertreter dem Beklagten zu 3) den Auftrag zur Errichtung einer betrieblichen Altersversorgung zugunsten ihres Geschäftsführers erteilt. Hierzu habe die Vorlage unterschrittsreifer Verträge, insbesondere einer Pensionsvereinbarung zwischen ihr, der Klägerin, und ihrem Gesellschafter-Geschäftsführer gehört. Die Vorlage des schriftlichen Vertragsentwurfs habe somit zur Hauptleistungspflicht des Beklagten zu 3) gehört.

Der Beklagte zu 1) hat sich in seiner Klageerwidern vom 26.11.1997 dieses für die Klägerin nachteilige Vorbringen zu eigen gemacht, indem er den Tatsachenvortrag der Klägerin bezüglich der Auftragserteilung zur Errichtung einer betrieblichen Altersversorgung bestätigt hat. Darüber hinaus hat der Beklagte zu 1) in diesem Zusammenhang weitere Tatsachen vorgetragen und, wie bereits erwähnt, behauptet, daß er wegen der Kompliziertheit der Materie, die ihn überfordere, eine eigene Beauftragung ausdrücklich abgelehnt habe.

Die Parteien haben am 10.12.1997 mündlich verhandelt, ohne abweichende Erklärungen zu ihrem jeweiligen Vortrag abzugeben. In einem nachgelassenen Schriftsatz vom 6.1.1998 hat die Klägerin vielmehr folgendes auf den Schriftsatz des Beklagten zu 1) vom 26.11.1997 erwidert: „Auch der Sachvortrag des Beklagten zu 1) enthält nichts Neues. Der Sachverhalt dürfte damit also als unstreitig festzuhalten sein.“

Damit hat die Klägerin die vorgenannte Tatsachenbehauptung des Beklagten zu 1) zugestanden, insbesondere hat sie zugestanden, daß der Beklagte zu 1) gegenüber der Klägerin ausdrücklich die Übernahme des Auftrags zur Errichtung einer Altersvorsorge zugunsten ihres Geschäftsführers abgelehnt hat. Der Wirksamkeit des Geständnisses der Klägerin steht nicht entgegen, daß das Geständnis der Klägerin nicht in das Sitzungsprotokoll vom 10.12.1997 aufgenommen worden ist (vgl. dazu BGH, VersR 1996, 583, 584). Zu einem gemäß § 290 ZPO wirksamen Widerruf dieses Geständnisses hat die Klägerin nichts vorgetragen.

**Der Beklagte zu 1) hat jedoch seine Pflichten als Steuerberater dadurch verletzt, daß er bei der Erstellung der Bilanz der Klägerin zum 31.8.1991 nicht überprüft hat, ob die Voraussetzungen für die in der Bilanz aufgeführten Pensionsrückstellungen erfüllt waren.** Steuerrechtlich anzuerkennende Pensionsrückstellungen durfte der Beklagte zu 1) nur bei Bestehen einer wirksamen Pensionsvereinbarung zwischen der Klägerin und ihrem Gesellschafter-Geschäftsführer H. vornehmen. Auch wenn der Beklagte zu 1) nicht den Auftrag hatte, die in Rede stehende Pensionsvereinbarung auszuarbeiten, mußte er dennoch, da er für die Richtigkeit der von ihm zu erstellenden Bilanzen verantwortlich war, **prüfen, ob die Voraussetzungen für die Aufnahme der Rückstellungen in die Bilanzen gegeben waren.**

Er mußte sich jedenfalls beim ersten Mal, als er die Pensionsrückstellungen in die Bilanz aufnahm, **davon überzeugen, daß die vom Beklagten zu 3) - angeblich - vorbereitete Pensionsvereinbarung von der Klägerin und ihrem Geschäftsführer unterschrieben worden war.** Auch wenn der Beklagte zu 1), wie er behauptet, der Zeugin F. die vom Beklagten zu 3) vorbereitete, unterschriftsreife Pensionsvereinbarung zur Weiterleitung an die Klägerin übergeben hat, entfiel dadurch nicht seine steuerberaterliche Verpflichtung, sich bei der erstmaligen Aufnahme der Pensionsrückstellungen in die Bilanz davon zu überzeugen, daß die Pensionsvereinbarung, sofern sie unterschriftsreif vorgelegen haben sollte, auch von den Vertragsparteien unterschrieben worden war (vgl. dazu BGH, ZIP 1998, 648, 650). Da die für die Pensionsrückstellung erforderliche Pensionsvereinbarung dem Beklagten zu 1) bei der Erstellung der Bilanz zum 31.8.1991 nicht vorgelegen hat, hätte der Beklagte zu 1) keine Rückstellungen in der Bilanz vornehmen dürfen.

**Diese Pflichtverletzung ist jedoch nur für die vom Finanzamt berechneten Zinsen für Gewerbesteuererrückstände für die Jahre 1991 bis 1995 in Höhe von insgesamt 12.548 DM kausal geworden.** Denn wenn der Beklagte zu 1) die Pensionsrückstellungen nicht in die Bilanzen aufgenommen hätte, wären diese Zinsen nicht entstanden.

Ein darüber hinausgehender Schadenersatzanspruch der Klägerin gegen den Beklagten zu 1) scheitert daran, daß die Pflichtverletzung des Beklagten zu 1) für den weiteren eingetretenen Steuerschaden nicht kausal war. **Denn zu dem Zeitpunkt, als der Beklagte zu 1) bei der Erstellung der Bilanz zum 31.8.1991 sich erstmals hätte vergewissern müssen, ob die in Rede stehende Pensionsvereinbarung vorliegt, konnte eine steuerrechtlich anzuerkennende Pensionsvereinbarung nicht mehr getroffen werden.** Das beruht auf folgenden Überlegungen:

**Der Bundesfinanzhof erkennt in ständiger Rechtsprechung Pensionsvereinbarungen zwischen dem beherrschenden Gesellschafter-Geschäftsführer und seiner Gesellschaft nur an, wenn sie im voraus geschlossen, klar abgefaßt und zivilrechtlich wirksam sind.** Hier ist davon auszugehen, daß eine zivilrechtlich wirksame Pensionszusage vorgelegen hat. Die Pensionszusage ist dem beherrschenden Gesellschafter-Geschäftsführer H. am 26.2.1991 erteilt worden.

Zwar hat H. diese Pensionszusage als Geschäftsführer zu einer Zeit unterschrieben, als er noch nicht zum alleinvertretungsberechtigten Geschäftsführer der Klägerin bestellt worden war. Dies sollte gemäß dem Gesellschafter-Geschäftsführervertrag vom 26.2.1991 erst zum 1.3.1991 geschehen. Die Gesellschafter der Klägerin haben jedoch am 27.2.1993 eine „Zusatzvereinbarung zum Gehaltsverzicht/Altersversorgung“, die auch die Pensionszusage enthielt, unterschrieben, so daß diese Vereinbarung wirksam war (§ 48 Abs. 2 GmbHG).

Damit haben die Gesellschafter der Klägerin zugleich den von der Rechtsprechung (vgl. BGH, DB 1991, 927) geforderten Beschluß durch die Gesellschafterversammlung bezüglich der Änderung des Dienstvertrages nachgeholt (§§ 46 Nr. 5, 48 Abs. 2 GmbHG). Ferner hat die Gesellschafterversammlung der Klägerin durch Beschluß vom 15.8.1994 den Arbeitsvertrag vom 26.2.1991 in allen Punkten bestätigt.

Gemäß § 6a Abs. 1 Nr. 3 EStG muß die steuerrechtlich anzuerkennende Pensionsrückstellung schriftlich erteilt sein. Die strittige Pensionsvereinbarung, die der Beklagte zu 3) vorbereiten sollte, lag jedoch zu dem Zeitpunkt, als der Beklagte zu 1) die Steuerbilanz zum 31.8.1991 erstellt hat, diesem nicht vor. Der Beklagte zu 1) hat die Bilanz zum 31.8.1991 auf der Grundlage der versicherungsmathematischen Gutachten des Beklagten zu 3) vom 2.9.1992 erstellt.

**Als die versicherungsmathematischen Gutachten des Beklagten zu 3) bei dem Beklagten zu 1) eingingen und der Beklagte zu 1) die Bilanz zum 31.8.1991 im Jahr 1992 erstellte, konnten jedoch die Voraussetzungen für eine steuerrechtlich anzuerkennende Pensionsvereinbarung nicht mehr erfüllt werden.** Denn die von der Rechtsprechung der Finanzgerichte geforderte „Erdienbarkeit“ der Pensionszusage war nicht mehr möglich.

Nach dem Urteil des Bundesfinanzhofs vom 21.12.1994 (*GmbHR* 1995, 388) ist die Zusage einer Pension an den beherrschenden Gesellschafter-Geschäftsführer einer Kapitalgesellschaft eine verdeckte Gewinnausschüttung, **wenn der Zeitraum zwischen der Zusage der Pension und dem vorgesehenen Zeitpunkt des Eintritts in den Ruhestand weniger als 10 Jahre beträgt.**

Nach der Verfügung der Oberfinanzdirektion Düsseldorf vom 6.12.1996 ist das obengenannte Urteil des Bundesfinanzhofs zum zehnjährigen Erdienungszeitraum jedoch nur auf Pensionszusagen anzuwenden, die nach der Veröffentlichung des oben genannten Urteils des Bundesfinanzhofs **am 7.7.1995** zivilrechtlich wirksam vereinbart worden sind. **Die vor diesem Stichtag getroffenen Vereinbarungen sind nach der bisherigen Verwaltungspraxis der einzelnen Länder zu entscheiden. Danach mußte ein Erdienungszeitraum von mindestens 7 Jahren vorliegen und nicht von nur 5 Jahren,** wie es in der Broschüre des Beklagten zu 3) steht.

Hier sollte der beherrschende Gesellschafter-Geschäftsführer der Klägerin, H., gemäß der Vereinbarung vom 26.2.1991 mit Vollendung seines 65. Lebensjahres in Pension gehen. **Der am 15.10.1933 geborene H. wurde am 15.10.1998 65 Jahre alt. Damit konnte zum Zeitpunkt der Erstellung der Bilanz zum 31.8.1991, die im Jahr 1992 errichtet worden ist, der erforderliche Zeitraum von 7 Jahren für die Erdienbar-**

**keit der Pensionszusage nicht mehr erfüllt werden.** Der Stichtag hierfür war der 15.10.1991. Bis zu diesem Zeitpunkt hätte eine steuerrechtlich anzuerkennende Pensionsvereinbarung vorliegen müssen, da eine Pensionszusage nicht rückwirkend steuerrechtlich wirksam erteilt werden konnte.

Da der Beklagte zu 1) nicht mit der Ausarbeitung einer steuerrechtlich wirksamen Pensionsvereinbarung beauftragt war, oblag es nicht ihm, die Klägerin auf diesen Umstand hinzuweisen. Die von der Klägerin vorgetragene Steuer-mehrbelastung, die durch die Nichtanerkennung der Pensionsrückstellungen seitens des Finanzamts entstanden ist, beruht somit nicht auf einem vom Beklagten zu 1) zu verantwortenden Steuerberaterfehler. Davon ausgenommen sind die Zinsen für die Gewerbesteuerrückstände für 1991 bis 1995.

(...)

## Steuerberaterhaftung

- Verjährung, § 68 StBerG
- Fortsetzung des Mahnverfahrens
- Parteiwechsel in Klagebegründung
- Sekundärhaftung, Belehrungsbedürftigkeit (*OLG Düsseldorf, Urt. v. 3.12.1998 - 13 U 225/97*)

### Leitsätze (d. Red.):

1. Das Mahnverfahren kommt zum Stillstand und unterbricht die Verjährung nicht, wenn der Vorschuß für das streitige Verfahren nicht innerhalb von sechs Monaten nach Zahlungsaufforderung eingeht (§§ 213, 212a BGB in entsprechender Anwendung).
2. Eine Klageschrift mit einem anderen Kläger setzt nicht das Mahnverfahren fort, sondern stellt eine selbständige neue Klage dar.
3. Die rügelose Einlassung in einen Parteiwechsel behebt den Mangel nur „ex nunc“ und nicht rückwirkend.
4. Die Belehrungspflicht über einen Fehler in den eigenen Arbeiten entsteht, wenn es für den Steuerberater aus begründeten Anhaltspunkten wahrscheinlich ist, daß er einen Fehler mit Schadenfolgen für den Mandanten begangen hat.



**Zum Sachverhalt:**

Die Klägerin verlangt aus eigenem und abgetretenem Recht von dem Beklagten Schadenersatz für einen erlittenen Steuerschaden.

Der Beklagte war in der Zeit von Oktober 1984 bis zum Jahre 1987 für den Ehemann der Klägerin, den Zeugen Dr. K., als Steuerberater tätig. Die Klägerin wirft dem Beklagten vor, er habe sie und ihren Ehemann im Zusammenhang mit der Ende des Jahres 1984 vorgenommenen Aufteilung des in Alleineigentum ihres Ehemannes stehenden Hausgrundstücks ... in Wohnungseigentum und der Teilveräußerung an sie fehlerhaft beraten.

Die Klägerin hat vorgetragen, der Beklagte habe ihren Ehemann nicht darüber belehrt, daß der Verkauf der Anteile des Hauses, in denen er seine Arztpraxis betreibe, eine Aufdeckung stiller Reserven des Betriebsvermögens darstelle und einen zu versteuernden Entnahmegewinn nach sich ziehe, was sich bei einer im Jahre 1990 seitens des zuständigen Finanzamts durchgeführten Betriebsprüfung gezeigt und als eine Folge die Einkommensteuernachzahlungspflicht in Höhe von 138.702,91 DM gemäß Steuerbescheid vom 31.7.1991 nach sich gezogen habe.

Der von dem Beklagten verursachte Steuerschaden belaufe sich auf 172.517,65 DM. Insoweit handele es sich um eine durch den Veräußerungsgewinn bedingte steuerliche Mehrbelastung ihres Ehemannes für 1985 und um Darlehenszinsen für eine im Jahre 1987 aufgegebene Steuerlast. Ihr Ehemann habe seinen Anspruch an sie abgetreten.

Mit Mahnbescheid vom 10.7.1991, dem Beklagten zugestellt am 12.7.1991, hat die Klägerin unter Bezugnahme auf das Schreiben vom 7.5.1991 zur Individualisierung des Anspruchs den Betrag von 154.710 DM geltend gemacht. Nach Widerspruch des Beklagten vom 16.7.1991 und nach der Anforderung der Gebühren für das streitige Verfahren durch das Amtsgericht vom 18.7.1991 ist am 18.7.1994 (Eingang bei Gericht) der Gebührenvorschuß für das streitige Verfahren gezahlt worden.

Die Begründung der Klage vom 18.10.1994 auf Zahlung von 159.121,03 DM „an den Kläger“ ist dem Beklagten am 28.10.1994 zugestellt worden.

Mit Schriftsatz vom 14.2.1995, dem Beklagten in der mündlichen Verhandlung vom 16.2.1995

überreicht, ist die Klageschrift vom 18.10.1994 dahingehend „berichtigt“ worden, daß „Klägerin“ Frau E.K. und nicht Dr. J.K. sei. Gleichzeitig ist die Erhöhung des Klageanspruchs auf 172.517,65 DM vorgenommen worden.

(Anträge ...)

Der Beklagte hat vorgetragen, er habe Dr. K. mehrfach darauf hingewiesen, daß mit einer Veräußerung der Praxisräume stille Reserven aufgedeckt würden, welche als Einkommen zu versteuern seien.

Der Beklagte hat die Einrede der Verjährung erhoben und dazu u.a. in der Erwiderung auf die Klagebegründung ausgeführt: Dem Kläger sei seine, des Beklagten, angebliche Schadenersatzpflicht zumindest seit dem 14.8.1990 (der Betriebsprüfung) bekannt gewesen. Erstmalig habe der Kläger aber mit der Klagebegründung vom 18.10.1994 seine vermeintlichen Ansprüche geltend gemacht. Der Schriftsatz vom 18.10.1994 setze das Verfahren, das durch den Mahnbescheid eingeleitet worden sei, nicht fort, da in diesem Schriftsatz nicht die Ansprüche der Klägerin, sondern diejenigen des Ehemannes der Klägerin begründet würden.

Das Landgericht hat nach einer Beweisaufnahme durch das am 2.10.1997 verkündete Urteil, auf dessen Tatbestand und Entscheidungsgründe Bezug genommen wird, die Klage abgewiesen und im wesentlichen ausgeführt: Die Klägerin habe nicht beweisen können, daß ihr Ehemann vor Veräußerung seiner Praxisräume nicht in der gebotenen Weise dahingehend aufgeklärt worden sei, daß bei einer Veräußerung der zu seinem Betriebsvermögen gehörenden Räume stille Reserven aufgedeckt würden und der hierbei erzielte Verkaufserlös sowie die Differenz zum Entnahmewert zu versteuern seien.

Hiergegen richtet sich die rechtzeitig eingelegte und begründete Berufung der Klägerin. Die Klägerin greift die durch das Landgericht vorgenommene Beweismwürdigung im einzelnen an. Sie wiederholt darüber hinaus ihr früheres Vorbringen zu der Verletzung der Beratungspflicht durch den Beklagten und ergänzt es.

(Anträge ...)

Der Beklagte verteidigt das landgerichtliche Urteil und wiederholt und ergänzt seinen erstinstanzlichen Vortrag, soweit die Vornahme der Beratung und Belehrung in Rede steht.

Der Beklagte hält die Einrede der Verjährung aufrecht. Er ist der Ansicht, der Mahnbescheid habe keine verjährungsunterbrechende Wirkung entfalten können, zumal sich der Ehemann der Klägerin der der Klage zugrundeliegenden Forderung berühmt habe. (...)

Die zulässige Berufung der Klägerin hat keinen Erfolg. Im Ergebnis zu Recht hat das Landgericht durch das angefochtene Urteil die Klage abgewiesen.

#### Aus den Gründen:

Ob der Beklagte gegenüber der Klägerin und deren Ehemann im Zusammenhang mit der Aufteilung des Hauses des Ehemannes der Klägerin in Wohnungseigentum und Veräußerung von Teilen an die Klägerin (notariell beurkundeter Vertrag vom 18.12.1984) seine sich aus dem Steuerberatervertrag ergebende Verpflichtung zu umfassender und ausführlicher Beratung verletzt und dadurch den von der Klägerin geltend gemachten Schaden verursacht hat, kann dahingestellt bleiben. Denn ein etwa gegebener Schadenersatzanspruch der Klägerin aus abgetretenem und eigenem Recht ist, wie der Beklagte einredeweise geltend macht, verjährt (§ 68 StBerG).

#### I.

Die **Verjährung** eines vertraglichen Ersatzanspruchs gegen einen Steuerberater, der steuerliche Nachteile seines Mandanten verschuldet hat, **beginnt regelmäßig mit Bekanntmachung des belastenden Steuerbescheides** (BGHZ 119, 69, 73; BGH, NJW 1995, 2108). Der die Klägerin und ihren Ehemann belastende, auf der Grundlage der im Jahre 1990 vorgenommenen Betriebsprüfung erlassene Steuerbescheid datiert vom 31.7.1991. Geht man davon aus, daß dieser Bescheid der Klägerin und ihrem Ehemann im August 1991 zugegangen ist, endete die dreijährige Verjährung nach § 68 StBerG im August 1994.

Diese Verjährung ist entgegen der Ansicht der Klägerin nicht unterbrochen worden (§ 209 BGB). Der von der Klägerin beantragte und am 12.7.1991 zugestellte Mahnbescheid über einen Teil der letztlich geltend gemachten Forderung konnte begrifflich die Verjährung nicht unterbrechen, weil diese nach den eben gemachten Ausführungen erst **mit Bekanntgabe** des Steuerbescheides vom 31.7.1991 **begann**.

Selbst wenn man eine „Unterbrechung“ für die Zeit nach Verjährungsbeginn annehmen sollte, so endete diese Unterbrechung dadurch, daß das Mahnverfahren zum Stillstand gekommen ist. Denn die Klägerin hat **trotz Nachricht vom Widerspruch des Beklagten und der Kostenanforderung für das streitige Verfahren vom 18.7.1991 keinen Vorschuß eingezahlt** (vgl. BGH, NJW-RR 1992, 1022). Eine Rückwirkung der „Unterbrechung“ kommt auch nicht in Betracht, da der Vorschuß für das streitige Verfahren nicht innerhalb von sechs Monaten nach der Zahlungsaufforderung einging (§§ 213, 212a BGB in entsprechender Anwendung).

Das Mahnverfahren wurde auch nicht vor Ablauf der Verjährungsfrist – August 1994 – fortgesetzt. Lediglich der Schriftsatz vom 13.7.1994 ist noch innerhalb der Verjährungsfrist bei Gericht eingegangen.

Dieser **Schriftsatz, mit dem „der Kläger“ ankündigt, die zweite Hälfte der Gerichtskosten zu zahlen und Verweisung an das zuständige Landgericht zu beantragen, entspricht nicht den Anforderungen einer Klageschrift**, kann aber auch nicht als Fortsetzung des Mahnverfahrens angesehen werden. Denn der Kläger dieses Schriftsatzes ist nicht identisch mit der Antragstellerin im Mahnverfahren.

Insoweit handelt es sich auch nicht lediglich um einen zu berichtigenden Irrtum, wie die Klägerin mit Schriftsatz vom 14.2.1995 meint. Denn dem Inhalt der Schriftsätze vom 13.7., 2.9. und der Klagebegründung vom 18.10.1994 ist eindeutig zu entnehmen, daß sich Dr. K. des Anspruchs berühmt und als Kläger auftritt. Dies folgt nicht nur aus der Bezeichnung „Kläger“ statt „Klägerin“, sondern aus der Wiedergabe des Berufs des Klägers als „Augenarzt“ (Schriftsatz vom 2.9.1994).

Darüber hinaus ergibt sich aus der Klagebegründung vom 18.10.1994 eindeutig, daß die klagende Partei Dr. K. ist. So heißt es in diesem Schriftsatz u.a., daß der Kläger sich bei dem Beklagten „über die Absicherung seiner Frau“ beraten ließ und der Beklagte vorschlug, das als Wohnhaus und Praxis genutzte Grundstück, das bisher „im Alleineigentum des Klägers“ stand, in Wohnungseigentum aufzuteilen und teilweise an die Ehefrau des Klägers zu übertragen.

Nach alledem lag nicht nur eine ungenaue oder unrichtige Parteibezeichnung auf Klägerseite

vor, die berichtigt werden kann, wenn die Identität der Partei trotz Berichtigung gewahrt bleibt. Vielmehr stellte die „Klagebegründung“ vom 18.10.1994 eine selbständige Klage des Dr. K. dar, die Mängel aufwies; das Rubrum fehlte (§ 253 Abs. 2 Nr. 1 ZPO). Die „Berichtigung“ vom 14.2.1995 führte zu einem Parteiwechsel auf Klägerseite.

Daß der Beklagte sich auf die Klageänderung – **unzulässige** Klage des Dr. K. in zulässige Fortführung des Mahnverfahrens durch Frau K., die jetzige Klägerin – rügelos im Verhandlungstermin vom 16.2.1995 eingelassen hat, hat keinen Einfluß auf den Ablauf der Verjährung. Da als notwendiger Inhalt der Klageschrift nach § 253 ZPO die Bezeichnung der Parteien fehlte, **kann die rügelose Einlassung des Beklagten den Mangel nur „ex nunc“, d.h. vom Zeitpunkt der Behebung des Mangels an, hier ab 16.2.1995, heilen** (vgl. Zöller/Greger, ZPO 20. Aufl., Anm. 23 zu § 253 ZPO; BGHZ 22, 255, 257).

Die Klägerin nahm das Mahnverfahren mithin erst am 16.2.1995 wieder auf, d.h. nach Ablauf der Verjährungsfrist nach § 68 StBerG.

## II.

Die Klägerin kann ihren Schadenersatzanspruch auch nicht darauf stützen, daß der Beklagte die Belehrung über die Eigenhaftung und den Ablauf der Verjährungsfrist unterlassen hat (sog. **Sekundärhaftung**).

**Grundsätzlich ist ein Steuerberater wie ein Rechtsanwalt verpflichtet, seinen Mandanten vor Ablauf der ersten Verjährungsfrist auf die Möglichkeit seiner Haftung hinzuweisen, wenn es für ihn aus begründeten Anhaltspunkten wahrscheinlich ist, daß er einen Fehler mit Schadenfolgen für den Mandanten gemacht hat** (BGH, NJW-RR 1996, 313, 314; NJW 1992, 836, 837).

Wird diese Pflicht schuldhaft verletzt, steht dem Geschädigten der sog. Sekundäranspruch zu.

**Die Pflicht des Steuerberaters, den Mandanten auf die durch seinen Fehler eingetretene Schädigung und die kurze Verjährung nach § 68 StBerG hinzuweisen, entfällt aber, wenn der Mandant rechtzeitig vor Ablauf der Verjährung wegen der Frage, ob der Steuerberater ihm durch einen Fehler einen Schaden zugefügt hat, anwaltlich vertreten wird** (BGH, GI 1995, 273 = NJW-RR 1996, 313).

Da die Klägerin gerade wegen des hier streitigen Beratungsfehlers und des ihr und ihrem Ehemann dadurch entstandenen Schadens bereits bei Beantragung des Mahnbescheides vom 10.7.1991 durch die Rechtsanwälte R. vertreten war, die in ihrem Namen auch mit Schreiben vom 7.5.1991 Schadenersatzansprüche angemeldet hatten, durfte der Beklagte davon ausgehen, daß die Klägerin und ihr Ehemann über die Verjährungsvorschriften hinreichend ins Bild gesetzt worden sind (vgl. auch NJW 1992, 836, 837).

## III.

Ein Hinweis auf die Verjährung nach § 139 ZPO war nicht geboten. Denn die Parteien haben in beiden Instanzen schriftsätzlich den Beginn der Verjährung nach § 68 StBerG, das Problem des Parteiwechsels, die Frage der Unterbrechung der Verjährung durch Mahnbescheid und Fortsetzung des streitigen Verfahrens nach Widerspruch eingehend erörtert.

# Notarhaftung

- Überfahrtrecht, Grundstück
- Schaden

(LG Marburg, Urt. v. 24.6.1999 – 1 O 89/99, rkr.)

## Leitsätze (d. Red.):

1. Zum Schaden wegen des unterlassenen Hinweises des Notars, daß es wegen der fehlenden dinglichen Sicherung eines Überfahrtrechts zu Schwierigkeiten kommen kann.
2. Die Kosten für die eigene Zufahrt steigern den Grundstückswert.
3. Ein Schaden könnte entstehen, wenn der Käufer bei Kenntnis der zu erwartenden Schwierigkeiten einen niedrigeren Kaufpreis mit den Verkäufern hätte aushandeln können.

## Zum Sachverhalt:

Die Kläger möchten festgestellt wissen, daß der Beklagte ihnen schadenersatzpflichtig ist wegen einer Amtspflichtverletzung, die er anlässlich eines am 7.3.1996 beurkundeten Kaufvertrages begangen haben soll. Die Kläger haben an diesem Tage von den Eheleuten Sch. das Hausgrundstück ... erworben.

Die dazugehörige, im hinteren Teil des Grundstücks – von der Straße aus gesehen – liegende Garage können sie nur über eine Auffahrt erreichen, die zum größeren Teil über das im Eigentum von S. stehende Nachbargrundstück verläuft.

Die Voreigentümer Sch. hatten sich am 21.1.1966 mit S. über die Benutzung und Instandhaltung dieser Auffahrt geeinigt. S. hatte sich verpflichtet, den Verkehr zur Garage über seine Auffahrt unwiderruflich zu dulden. Diese Verpflichtung sollte auch für die Erben gelten und an etwaige Erwerber weitergegeben werden. Den Klägern war bei Abschluß des Kaufvertrages bekannt, daß das Überfahrtrecht nicht dinglich abgesichert war. Mit Schreiben vom 30.7.1996 hat S. den Klägern mitgeteilt, daß er eine Mitbenutzung der Auffahrt nicht mehr gestatten wolle, und hat die Vereinbarung vom 21.1.1966 gekündigt. Derzeit duldet er die Überfahrt seines Grundstücks jedoch noch.

Die Kläger behaupten, daß sie den Beklagten anlässlich der Beurkundung des Kaufvertrages gefragt hätten, ob es wegen der fehlenden dinglichen Absicherung des Überfahrtrechts zu Schwierigkeiten kommen könne. Dieser habe das verneint, weil sich ein Überfahrtrecht schon aus dem Gewohnheitsrecht ergebe.

Die Kläger machen geltend, daß sie das Grundstück nicht erworben hätten, wenn sie mit Problemen bezüglich der Überfahrt hätten rechnen müssen. Sie seien dringend auf die Garagenutzung angewiesen, da keine Parkplätze in der Nähe des Hauses vorhanden seien. Eine Auffahrt über ihr Grundstück anzulegen, sei wegen einer Mauer und eines im Garten vorhandenen Tanks mit erheblichen Kosten verbunden. Die Kläger machen geltend, daß sie jedenfalls mit den Verkäufern um eine Herabsetzung des Kaufpreises verhandelt hätten, wenn sie mit den Schwierigkeiten wegen der Überfahrt hätten rechnen müssen.

(Anträge ...)

Der Beklagte bestreitet, daß die Kläger ihn wegen des Überfahrtrechts befragt hätten. Er macht geltend, sich daran erinnern zu können, daß die Beteiligten während der Verlesung des Kaufvertrages untereinander kurz über die Garage gesprochen hätten. Er beruft sich auf Verjährung.

Die Klage ist nicht begründet.

#### Aus den Gründen:

Der Beklagte kann Leistung freilich nicht schon deshalb verweigern (§ 222 BGB), weil Schadenersatzansprüche der Kläger aus § 19 Bundesnotarordnung verjährt wären. Die dreijährige Verjährungsfrist (§ 852 BGB) begann nicht vor dem 30.7.1996 zu laufen, als die Kläger von der Kündigung der Vereinbarung vom 21.1.1966 erfuhren und damit von einem möglichen Schaden wegen fehlenden Überfahrtrechts.

Ob der Beklagte Bedenken der Kläger, wie behauptet, mit dem Hinweis auf Gewohnheitsrecht zerstreut und sich einer Amtspflichtverletzung schuldig gemacht hat, kann dahinstehen. Es ist nicht festzustellen, daß den Klägern dadurch adäquat kausal ein Schaden entstanden ist. Dabei mag es auch auf sich beruhen, ob S. die Vereinbarung vom 21.1.1966 wirksam hat kündigen können.

Ein **Schaden** kann nicht, wie die Kläger meinen, **in der Differenz des Grundstückswerts mit oder ohne dinglich abgesichertes Überfahrtrecht** liegen, da die Kläger diese Absicherung nur vom Eigentümer hätten erhalten können und sich insoweit nicht anders/besser gestanden hätten, wenn der Beklagte auf möglicherweise auftretende Probleme hingewiesen hätte.

Ein Schaden der Kläger kann auch nicht in etwaigen von ihnen aufzuwendenden **Kosten für eine eigene Zufahrt** gesehen werden. Diese Kosten hätten die Kläger auch aufbringen müssen, wenn der Beklagte ihre Frage nach Schwierigkeiten bejaht hätte. Außerdem steigert eine eigene Zufahrt den Wert des Grundstücks.

Soweit die Kläger geltend machen, daß sie **das Grundstück nicht erworben hätten**, wenn sie die Schwierigkeiten mit der Zufahrt vorausgesehen hätten, so soll ihnen das abgenommen werden, auch wenn es im Hinblick darauf, daß ihnen die fehlende dingliche Absicherung des Zufahrtrechts bei Vertragsschluß bewußt war und sie Probleme deshalb durchaus für möglich hielten – deshalb die behauptete Frage –, nicht zwingend erscheint.

Dann hätten die Kläger zwar noch den Kaufpreis, aber nicht das einen Gegenwert dafür bildende Hausgrundstück. Sie stehen sich wirtschaftlich damit nicht schlechter als vorher.

Ein Schaden der Kläger könnte freilich darin liegen, daß sie sich bei Kenntnis zu erwarten der Schwierigkeiten mit den Verkäufern auf einen niedrigeren Kaufpreis geeinigt hätten. Das aber haben die Kläger nicht hinreichend vorgetragen. Zwar haben sie in der mündlichen Verhandlung darauf hingewiesen, daß sie mit den Verkäufern dann nochmals verhandelt hätten. Es ist aber völlig offen, wie das Ergebnis gewesen wäre, ob und in welcher Höhe die Verkäufer vom Kaufpreis etwas nachgelassen hätten.

Der Beklagte schuldet den Klägern keinen Schadenersatz. Die Feststellungsklage ist abzuweisen.

## Versicherungspflicht

- Gesetzliche Krankenversicherung
  - Jahresverdienstgrenze
  - Unterschreitung
  - Unkenntnis des Arbeitgebers
- (SG Dortmund, Urt. v. 15.6.1999 - S 8 KR 191/98)

### Leitsätze (d. Red.):

1. Wird ein Arbeitnehmer wegen Erhöhung der Jahresarbeitsentgeltgrenze versicherungspflichtig, kann er nach § 8 Abs. 2 Satz 1 SGB V innerhalb von drei Monaten nach Beginn der Versicherungspflicht einen Befreiungsantrag stellen.

2. Auf die Kenntnis des Arbeitgebers oder Arbeitnehmers vom Vorliegen eines versicherungspflichtigen Tatbestandes kommt es nicht an. Geschützt ist der Arbeitgeber nur durch die Verjährungsfrist von vier Jahren (§ 25 Abs. 1 SGB IV).

### Zum Sachverhalt:

Die Beteiligten streiten um die Entrichtung von Beiträgen zur Gesetzlichen Krankenversicherung.

Der Kläger beschäftigt die Beigeladene, seine Ehefrau, als Arbeitnehmerin in seinem Blumengeschäft. Der Verdienst der Beigeladenen lag mit 68.520 DM jährlich **zunächst über der die Versicherungspflicht zur Gesetzlichen Krankenversicherung** bestimmenden Jahresarbeitsentgeltgrenze. Die Beigeladene versicherte sich bei einer privaten Krankenversicherung.

Mit Bescheid vom 19.1.1998 teilte die Beklagte dem Kläger mit, in den Jahren 1995, 1996 und 1997 sei das Gehalt der Beigeladenen **von der dynamisierten Jahresarbeitsentgeltgrenze übertroffen** worden, so daß **Versicherungspflicht** eingetreten sei. Der Kläger habe **28.915,44 DM** für die Beigeladene an Versicherungsbeiträgen nachzuentrichten. Die Beklagte **änderte** diese Summe mit **Bescheid vom 4.2.1998** auf **29.714,84 DM** ab, nachdem sie erfahren hatte, daß die Beigeladene für das **Jahr 1997** noch eine **Weihnachtsgeldzahlung** erhalten hatte.

Die Beklagte **hob dann die beiden genannten Bescheide auf** und erließ einen vom **11.2.1998** datierenden Bescheid, mit welchem sie wiederum die **Versicherungspflicht** feststellte und einen Gesamtbetrag von **29.654,64 DM** erhob.

Der Kläger legte hiergegen Widerspruch ein, welchen er damit begründete, daß ihm die **Unterschreitung der Arbeitsentgeltgrenze nicht bekannt gewesen sei**. Aus dem Fünften Buch des Sozialgesetzbuches ergebe sich im übrigen, daß die Beklagte ihn von der Unterschreitung habe **unterrichten müssen**. Es habe nicht in seinem Verschuldensbereich, sondern im Verantwortungsbereich der Beklagten gelegen, daß die Versicherungspflicht der Beigeladenen nicht aufgefallen sei.

Die Beklagte wies den **Widerspruch** mit Bescheid vom 26.5.1998 als **unbegründet** zurück. Sie begründete ihre Entscheidung damit, daß ein Tatbestand, der eine Verwirkung der Beitragsforderung begründen könne, hier nicht vorliege. Im übrigen erstelle der Kläger seine Beitragsnachweise über ein **Steuerberatungsbüro** im Wege elektronischer Datenübermittlung. Die gemeldeten Daten würden integrativ in das Arbeitgeberbeitragskonto eingespielt. Es handele sich um **kumulierte Werte**, aus denen nicht erkennbar sei, **wie sich das einzelne Gehalt der Beigeladenen darstelle**.

Hiergegen richtet sich die **am 26.6.1998 erhobene Klage**.

Der Kläger trägt vor, für die Beklagte wäre die Feststellung der Versicherungspflicht völlig problemlos gewesen. Es liege daher nicht in seinem Verschuldensbereich, daß er in Unkenntnis davon ausgegangen sei, die Beigeladene privat versichern zu können. Die Beklagte sei gesetzlich verpflichtet, den Eintritt von Versicherungspflicht bei der zuständigen Krankenkasse anzumelden.

(Anträge ...)

Die Beklagte trägt vor, nicht sie treffe diese Verpflichtung, sondern der Arbeitgeber sei Adressat der betreffenden Regelung. Von Bedeutung sei auch, daß den Arbeitgebern, die bei ihr ein Beitragskonto unterhielten, **jährlich rechtzeitig eine Beitragstabelle zugesandt werde**, die auch die **betreffende Jahresarbeitsentgeltgrenze** ausweise. (...)

Die Kammer hat in Abwesenheit des persönlich geladenen Klägers entschieden. Der entscheidungserhebliche Sachverhalt bedurfte keiner weiteren Aufklärung, zu welcher der Kläger hätte beitragen können.

Die Klage ist zulässig, aber unbegründet.

#### Aus den Gründen:

Der angefochtene Bescheid der Beklagten vom 11.2.1998 in Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 26.5.1998 ist rechtlich nicht zu beanstanden. Die Beklagte hat einen Anspruch gegen den Kläger auf Zahlung von Beiträgen zur Gesetzlichen Krankenversicherung in der ermittelten Höhe.

Gemäß **§ 28e Abs. 1 Satz 1** des Vierten Buches des Sozialgesetzbuches (**SGB IV**) hat der Arbeitgeber den **Gesamtsozialversicherungsbeitrag** zu zahlen. Dessen Bestandteil ist der Beitrag zur Gesetzlichen Krankenversicherung, sofern ein die Versicherungspflicht begründender Tatbestand gegeben ist. Letzteres ist hier der Fall.

Nach Maßgabe von **§ 5 Abs. 1 Ziff. 1** des Fünften Buches des Sozialgesetzbuches (**SGB V**) sind versicherungspflichtig Arbeiter, Angestellte und zu ihrer Berufsausbildung Beschäftigte, die gegen Arbeitsentgelt beschäftigt sind. Dies trifft auf die Beigeladene für die hier streitbefangenen Jahre 1995 bis 1997 zu. Ein Tatbestand, der Versicherungsfreiheit auslösen würde, liegt nicht vor.

Nach Maßgabe von **§ 6 Abs. 1 Ziff. 1 Halbsatz 1 SGB V** sind **versicherungsfrei Arbeiter und Angestellte, deren regelmäßiges Jahresarbeitsentgelt 75 v.H. der Beitragsbemessungsgrenze in der Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten (Jahresarbeitsentgeltgrenze) übersteigt**. Die Jahresarbeitsentgeltgrenze betrug für das Jahr 1995 70.200 DM, für das Jahr 1996 72.000 DM und für das Jahr 1997 73.800 DM.

Das Jahresgehalt der Beigeladenen betrug demgegenüber für die Jahre 1995 und 1996 nur 68.520 DM. **Für das Jahr 1997 wurde die Jahresarbeitsentgeltgrenze mit einer im Jahre 1998 erfolgten nachträglichen Auszahlung von Weihnachtsgeld überschritten. Auch damit wurde, selbst wenn man diese Zahlung als für 1997 noch berücksichtigungsfähig erachten würde, die Versicherungsfreiheit für 1997 jedoch nicht ausgelöst**, denn gemäß **§ 6 Abs. 4 Satz 1 SGB V** endet, wenn die Jahresarbeitsentgeltgrenze überschritten wird, die Versicherungspflicht erst mit Ablauf des Kalenderjahres, in dem sie überschritten wird.

Ein Befreiungstatbestand i.S.v. **§ 8 Abs. 1 SGB V** greift ebensowenig ein. Gemäß **§ 8 Abs. 1 Ziff. 1 SGB V** wird zwar auf Antrag von der Versicherungspflicht befreit, wer wegen Erhöhung der Jahresarbeitsentgeltgrenze versicherungspflichtig wird; **der Antrag ist nach Abs. 2 Satz 1 der Vorschrift jedoch innerhalb von drei Monaten nach Beginn der Versicherungspflicht bei der Krankenkasse zu stellen**. Letzteres ist von der Beigeladenen versäumt worden.

Die von den Beteiligten angestellten Überlegungen zur Frage, welcher der Beteiligten hätte erkennen können oder sogar müssen, daß ein versicherungspflichtiger Tatbestand vorlag, sind zur Überzeugung der Kammer im Ergebnis entscheidungsunerheblich. **Beitragsrecht ist objektives Recht**. Der Tatbestand der Beitragspflicht wird ausgelöst unabhängig davon, ob der zahlungspflichtige Arbeitgeber damit gerechnet hat, daß er Beiträge würde abführen müssen.

**Geschützt ist der Arbeitgeber, sofern nicht ausnahmsweise ein hier nicht im Ansatz ersichtlicher Verwirkungstatbestand vorliegt, allein durch die Verjährungsfrist des § 25 Abs. 1 SGB IV**, die nach dem Grundtatbestand des Satzes 1 der Vorschrift **vier Jahre** beträgt und im vorliegenden Fall nicht überschritten ist.

Unabhängig hiervon ist der Kammer nicht nachvollziehbar, aus welchem Grund der Kläger als im Wirtschaftsleben stehender und Personal beschäftigender Unternehmer nicht jährlich überprüft hat oder hat überprüfen lassen, wie die regelmäßig dynamisierte Jahresarbeitsentgeltgrenze sich aktuell darstellt und welche gestalterischen Konsequenzen daraus möglicherweise zu ziehen sind.

Ins Leere geht auch der Hinweis des Klägers auf **§ 175 SGB V**. Der Kläger erkennt bereits, daß

die zur Meldung verpflichtete Stelle i.S.v. § 175 Abs. 3 Satz 2 SGB V nicht, wie er meint, die Beklagte ist, sondern er selbst, wie sich unmißverständlich aus § 198 SGB V ergibt. (...)

#### Anmerkung:

Bei Eintritt der Krankenversicherungspflicht können Versicherte einer Krankheitskosten- und Krankentagegeldversicherung, die kraft Gesetzes versicherungspflichtig werden, gemäß § 5 Abs. 9 SGB V den Versicherungsvertrag beim privaten Krankenversicherer „mit Wirkung vom Eintritt der Versicherungspflicht an“ kündigen. Diese Kündigung muß innerhalb von zwei Monaten nach Beginn der Versicherungspflicht ausgesprochen sein. Die Kündigungsfrist beginnt erst nach Kenntnis des Versicherungsnehmers von der Versicherungspflicht zu laufen (vgl. *VerBAV* 1992, 259; *Prölss/Martin*, 26. Aufl. 1998, § 178h, 9).

## GI Leitsätze

#### Honorarklage/Anwaltssozietät/Vertretung durch gemeinsamen Anwalt/Erhöhungsgebühr, § 6 BRAGO

Die dem gemeinsamen Anwalt einer Anwaltssozietät im Honorarprozeß gegen ihren Mandanten entstandene Erhöhung der Prozeßgebühr ist erstattungsfähig.

(*KG Berlin*, Beschl. v. 12.1.1999 - 1 W 576/97, *OLG-Report* 1999, 191)

#### Rechtsanwalt/OLG-Zulassung/Unterzeichnung/Berufungsbegründungsschriftsatz

Für die Wirksamkeit der Prozeßhandlung eines gemäß § 53 BRAO als Vertreter bestellten Rechtsanwalts reicht es aus, wenn sein Handeln als Vertreter sich aus den Umständen hinreichend deutlich erkennbar ergibt. Unterzeichnet ein nicht beim Kammergericht zugelassener Rechtsanwalt einen Berufungsbegründungsschriftsatz, ohne kenntlich zu machen, daß er als amtlich bestellter Vertreter handelt, so ergibt sich sein Handeln als Vertreter gleichwohl aus den Umständen des Verfahrens, wenn zuvor im Berufungsschriftsatz klargestellt worden ist, daß der Berufungsführer von einem anderen, beim Kammergericht zugelassenen Rechtsanwalt vertreten wird.

(*KG Berlin*, Urt. v. 18.1.1999 - 8 U 3790/97, *OLG-Report* 1999, 244)

## GI Hinweis

**Eine der wichtigsten Reformen des Unternehmensrechts findet ihren Ausdruck im Umwandlungsgesetz und Umwandlungssteuergesetz, die beide am 1.1.1995 in Kraft getreten sind. Beide Gesetze haben zu einer großen Flexibilität im Recht geführt und fördern auf diese Weise die Anpassungsfähigkeit der Unternehmen.**

Unternehmensumwandlungen nehmen seitdem sprunghaft zu. Sie sind komplex, riskant, schwierig und teuer. Und es bedarf eines Kommentars zum Umwandlungsgesetz, der alle Fragen beantwortet. Diese Aufgabe übernimmt mit Bravour der „Lutter“, dessen Team aus herausragenden Praktikern und Professoren das Umwandlungsgesetz erläutert, systematisiert, praktische Gestaltungshinweise gibt, entstandene Fragen klärt und Lücken schließt. Eingehende steuerrechtliche Darstellungen finden sich problembezogen und systematisch in Anhängen zu den jeweiligen Umwandlungsformen.

Seit der ersten Auflage dieses Kommentars sind vier Jahre vergangen. Das Gesetz hat inzwischen seine Bewährungsprobe vielfach bestanden. Viele neue Fragen sind in der praktischen Anwendung entstanden. Viele Entscheidungen der Gerichte sind ergangen, einige Gesetzesänderungen zu verzeichnen, und Wissenschaft und Praxis haben sich mit den Einzelfragen des Gesetzes intensiv auseinandergesetzt.

Dieses reiche Material mußte erörtert und dokumentiert werden, was in der jetzt vorliegenden Neuauflage ebenso geschehen ist wie die Berücksichtigung der Änderungen des UmwG durch das Euro-Einführungsgesetz, das Handelsrechtsreformgesetz und das Gesetz zur Änderung des UmwG vom 27.7.1998.

**Lutter: Umwandlungsgesetz - Kommentar**, herausgegeben von Prof. Dr. Dr. h.c. Marcus Lutter, bearbeitet von Prof. Dr. Walter Bayer, Prof. Dr. Reinhard Bork, RA Dr. Christian E. Decher, Prof. Dr. Barbara Grunewald, Prof. Dr. Walther Hadding, RA Dr. Wilhelm Happ, Prof. Dr. Peter Hommelhoff, Prof. Dr. Ulrich Hübner, Prof. Dr. Detlev Joost, Prof. Dr. Martin Karollus, RA Dr. Gerd Krieger, Prof. Dr. Lothar Kuhlen, RA Prof. Dr. Dr. h.c. Marcus Lutter, Notar Prof. Dr. Hans-Joachim Priester, Notar Prof. Dr. Peter Rawert, RA Prof. Dr. Harald Schaumburg, RA Dr. Harry Schmidt, Prof. Dr. Arndt Teichmann, RA Dr. Martin Winter. 2. überarbeitete und erweiterte Auflage 2000 - Verlag Dr. Otto Schmidt KG, Köln, 2 Bände, 3001 Seiten, Lexikonformat, gebunden, 348,- DM/177,93 EUR, ISBN 3-504-37009-2

# Stichwort- und Entscheidungsverzeichnis

Heft 1-6

## Amtspflichtverletzung

- Gehör, rechtliches 2000, 125
- StB-Kosten 2000, 125

## Anlageberatung

- Abgrenzung
  - = > zur Steuerberatung 2000, 82
- Mitverschulden des Anlegers 2000, 82
- Schaden
  - = Vor- und Nachteile 2000, 82
- Zinsen
  - = >, unseriöse 2000, 82

## Aufrechnung

- Honorarforderung
  - = Fälligkeit, Vollwirksamkeit 2000, 23

## Belehrungspflicht des RA

- Mediator 2000, 42

## Belehrungspflicht des StB/WP

- Beweislast
  - = Belehrung, unterlassene 2000, 87
- Ehegatten-Arbeitsverhältnis 2000, 87
- Fahrtenbuch
  - = Belehrung, unterlassene 2000, 25
- Gesetzgebungsverfahren
  - = ErbStG 2000, 67
  - = Firmenübertragung 2000, 67
- Relativ sicherster Weg
  - = Gesetzesänderung 2000, 67

## Berufung

- Klageänderung 2000, 33
- Klageanspruch 2000, 33

## Berufungsbegründung

- Rechtsanwalt, zugelassener 2000, 153

## Berufungsbegründungsfrist

- Mittellosigkeit der Partei 2000, 83
- Prozeßkostenhilfeantrag 2000, 83

## Betrug

- Beihilfe, § 27 StGB, des RA 2000, 82

## Beweislast

- Beratung, unterlassene
  - = Substantiierung 2000, 87
- Kausalität
  - = Fahrtenbuch 2000, 25

## Bilanzerstellung

- Prüfungspflichten
  - = Pensionsrückstellung 2000, 141
  - = Verträge 2000, 141

## Dritthaftung

- Abschlußprüfung 2000, 71
- Auskunftsvertrag, stillschweigender
  - = Kontaktaufnahme 2000, 71
- Prüfungsauftrag 2000, 71
- Sacheinlage, verdeckte
  - = Anwaltsfehler 2000, 12
  - = Umwidmung 2000, 12
- Schädigung, sittenwidrige 2000, 71
- Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter
  - = Abschlußprüfung 2000, 71
  - = Gesellschafter 2000, 12, 135
  - = Kapitalerhöhung 2000, 12, 135
  - = Testat 2000, 71

## Feststellungsklage

- Schadeneintritt 2000, 135

## Freie Mitarbeiter

- Rechtsanwalt
  - = Rechtsweg, Arbeits-/Zivilgericht 2000, 82

## Fristenkontrolle

- Aktenvorlage 2000, 9
  - = Fristensicherung 2000, 76
- Ausgangskontrolle
  - = >, abendliche 2000, 86
- Empfangsbekanntnis 2000, 57
- Fristenkontrollbuch
  - = Ausgangskontrolle 2000, 86
  - = Terminladung 2000, 57
- Fristenüberwachung durch RA
  - = > bei Vorfristablauf 2000, 9
- Fristlöschung
  - = Rechtsmittel 2000, 108
- Fristversäumnis, unverschuldetes
  - = Falschadressierung 2000, 109
  - = Fristberechnung 2000, 76
  - = Postlaufzeit 2000, 5
  - = Routinefrist 2000, 76
- Organisationsanweisung
  - = Adressierung 2000, 109
  - = Fristen-/Ausgangskontrolle 2000, 86
- Rechtsmittelauftrag
  - = Fristlöschung 2000, 108
- Versäumnisurteil 2000, 57
- Vorfrist 2000, 9

## Gesamtschuld/-schuldner

- Fehler des zweiten StB 2000, 116

## GI Aktuell

- Arbeitnehmerstatus, Rundfunk 2000, 106
- Arbeitszimmer
  - = Höchstbetrag 2000, 29
  - = Lehrer 2000, 29
- Einbringung, Steuervergünstigung 2000, 56
- Erbfolge, vorweggenommene
  - = Last, dauernde 2000, 81
  - = Versorgungsleistungen 2000, 81
- Gestaltungsmissbrauch
  - = Kapitalanlagegesellschaft in Irland 2000, 133
- Grunderwerbsteuer
  - = Bemessungsgrundlage, Baukosten 2000, 31



- Haftung des Auftraggebers für Vorunternehmer	2000, 132
- Jubiläumsrückstellung	2000, 80
- Nachversteuerung, Arbeitnehmer	2000, 81
- Postlaufzeiten	2000, 5
- Prozeßdauer	2000, 28
- Solidaritätszuschlag	2000, 55
- Sozialversicherungsbeitrag	
= Weihnachtsgeld, Urlaubsgeld	2000, 3
- Standesrecht	
= Kollegialitätspflicht	2000, 54
= Versäumnisurteil, § 13 BORA	2000, 54
- Umsatzsteuer	
= Befreiung, Rechtsform	2000, 4
= Leistung, ärztliche	2000, 4
= Heileurythmisten, § 4 Nr. 14 UStG	2000, 2
- Veräußerungsgewinn	2000, 56
- Vermietung	
= Nebenkostenumlage	2000, 107
- Vermittlungsausschuß	2000, 29
- Werbeverbot, Rechtsanwalt	
= Presse, Gruppenfoto	2000, 30
- Wiedereinsetzung	
= Postlaufzeit	2000, 5

#### GmbH

- Sacheinlage, verdeckte	2000, 135
= Anwaltsfehler	2000, 12
= Umwidmung	2000, 12

#### Honoraranspruch des RA

- Mediator, § 20 BRAGO	2000, 42
- Notgeschäftsführer	2000, 76

#### Honoraranspruch des StB/WP

- Aufrechnung	
= Einforderbarkeit, fehlende	2000, 23
- Honorarvereinbarung	
= >, mündliche	2000, 24
= Inhalt der >	2000, 24

#### Kausalität

- Gesetzesänderung, ErbStG	2000, 67
- > zwischen Pflichtwidrigkeit und Schaden	
= Fahrtenbuch	2000, 25
- Unterbrechung der >	
= Rücksichtnahme gg. Arbeitnehmer	2000, 93
- Verhalten, beratungskonformes	2000, 67

#### Klageverfahren

- Streitgegenstand	2000, 33
--------------------	----------

#### Lohnbuchhaltung

- Erstattungsanspruch gg. Arbeitnehmer	2000, 93
- Sozialversicherung (s. dort)	

#### Mahnbescheid

- Klageverfahren, Parteiwechsel	2000, 146
- Verzögerungen, Rückwirkung	2000, 146

#### Mandatsübernahme

- Fristenlöschung	2000, 108
- Rechtsanwalt	2000, 108

#### Mediator

- Interessenkollision	2000, 42
- Neutralität	2000, 42

#### Mitverschulden

- Kenntnis des Mandanten	2000, 116
- Zurechnung des Verschuldens	
= > des zweiten StB	2000, 116

#### Notar

- Amtspflicht	
= Treuhandtätigkeit	2000, 134
- Ersatzmöglichkeit, anderweitige	
= Erfüllungsanspruch	2000, 63
= Schutzzweck, § 19 Abs. 1 Satz 2 BNotO	2000, 63
= Zeitpunkt der >	2000, 63
- Tätigkeit, betreuende, § 24 BNotO	
= Grundstückskaufvertrag	2000, 134

#### Parteiverrat, § 356 StGB

- Mediator	2000, 42
------------	----------

#### Pensionsrückstellung

- Prüfungspflichten	2000, 141
---------------------	-----------

#### Praxisveräußerung

- Mandatsübernahme	2000, 39
- Nichtigkeit, § 139 BGB	2000, 39

#### Prozeßkostenhilfe

- Berufungsbegründungsfrist	2000, 83
- Rechtsmittelerklärung	2000, 84
- Wirkung	2000, 84

#### Prüfungspflicht

- Bilanz, Pensionsrückstellung	2000, 141
--------------------------------	-----------

#### Rechtsanwalt

- Angestellter, Vergütung	
= Sittenwidrigkeit	2000, 95
- Arbeitnehmerähnliche Person, § 5 Abs. 1 Satz 1 ArbGG	2000, 82
- Beratungspflichten	
= Bonitätsproblem	2000, 36
= Kaufvertrag	2000, 36
= Unfallschaden	2000, 140
- Berufungsgericht	
= Schriftsatz an >	2000, 153
- Empfangsbekanntnis	2000, 57
- Freier Mitarbeiter	2000, 82
- Nachfragepflicht	
= Mandatsinhalt	2000, 140
- Postulationsfähigkeit	2000, 153
- Rechtsmittelauftrag	
= Auftragsannahme	2000, 108
= Fristnotierung	2000, 108
- Sachverhaltsermittlung	2000, 140
- Terminladung	2000, 57
- Vergütung, angemessene, § 612 BGB	2000, 95
- Versäumnisurteil	2000, 57

#### Rechtsberatung/Rechtsbesorgung

- Ergebnisabführungsvertrag	2000, 5
- Pflicht zur Hinzuziehung eines RA	2000, 5
- Schadenersatz wg. verbotener >	2000, 5
- Steuerberatungsvertrag	2000, 5

#### Rechtsmittelauftrag

- Auftragsbestätigung 2000, 108
- Fristlöschung 2000, 108

#### Regreßprozeß

- Mahnverfahren (s. unter Mahnbescheid)

#### Schaden

- Hauskauf, Kaufpreis 2000, 149
- Kosten 2000, 149
  - = Hauszufahrt

#### Schädigung, sittenwidrige, § 826 BGB

- Abschlußprüfung 2000, 71

#### Schutzgesetz i.S.v. § 823 Abs. 2 BGB

- § 323 HGB 2000, 71
- § 18 KWG 2000, 71
- §§ 2, 43, 48 WPO 2000, 71

#### Sozialversicherung

- Nachforderung
  - = Verjährung, § 25 SGB IV 2000, 151
- Versicherungspflicht
  - = Befreiungsantrag, § 8 Abs. 2 SGB V 2000, 151
  - = Kenntnis der > 2000, 151

#### Sozietät

- Honorarklage
  - = Erhöhungsgebühr, § 6 BRAGO 2000, 153

#### Steuerberatungsgesetz

- § 33, Hilfeleistung in Steuersachen
  - = Dienstleistungsfreiheit, Art. 59 EGV 2000, 134
  - = >, unerlaubte 2000, 134
  - = Rechenzentrum 2000, 134

#### Steuerberatungsvertrag

- Betreuungspflicht
  - = Rechtsberatungsauftrag 2000, 5
- Haftung, Steuerberatungsfehler 2000, 5
- Nichtigkeit, § 134 BGB
  - = Rechtsberatung, unerlaubte 2000, 5

#### Steuererklärung

- Forderung des FA, Eröffnungsbilanz 2000, 116

#### Unterlassungsanspruch

- Rechtsverteidigung 2000, 134
- Tatsachenbehauptung/Schmähkritik 2000, 134

#### Verjährung, § 51 BRAO a.F., § 51b BRAO n.F.

- Belehrung über Fehler und Verjährungsvorschrift, Sekundäranspruch
  - = Anlaß zur > 2000, 120
  - = Belehrung, fehlerhafte 2000, 120
  - = Belehrungsinhalt 2000, 120
- Verjährungsbeginn
  - = Ausschußfrist, versäumte 2000, 120

#### Verjährung, § 68 StBerG, § 51a WPO

- Anerkenntnis 2000, 90
- Arglisteinwand 2000, 113
- Belehrung über Fehler und Verjährungsvorschrift, Sekundäranspruch
  - = Anlaß für > 2000, 5, 50, 113

- = Belehrungsbedürftigkeit 2000, 113
- = Ende der >, Beratung durch neuen StB 2000, 5
- = Wiederholung des Fehlers 2000, 50
- Rechtsausübung, unzulässige 2000, 90
- Verjährungsbeginn
  - = Bekanntgabe des Steuerbescheides 2000, 50
  - = Mandatsende 2000, 116
  - = Rat, fehlerhafter 2000, 50
  - = Sekundäranspruch 2000, 116
  - = Steuererklärung, § 10e EStG 2000, 50
  - = Steuererklärung, Wiederholung des Fehlers 2000, 90
- Verjährungshemmung
  - = Rechtsausübung, unzulässige 2000, 90
  - = Verhandlung 2000, 113
- Verjährungsunterbrechung
  - = Anerkenntnis 2000, 90, 113
  - = Verzicht 2000, 90

#### Verjährungsunterbrechung

- Anerkenntnis 2000, 90
- Mahnbescheid 2000, 10
- Verzicht 2000, 90
- Zustellung „demnächst“ 2000, 10

#### Vermögensverwalter

- Anlagepolitik, Aktienkäufe 2000, 32
- Informationspflicht 2000, 32

#### Verschwiegenheit

- Praxisveräußerung 2000, 39

#### Versicherungsschutz

- Angaben zur Kündigung des Vorvertrages 2000, 127
- Rücktritt des Versicherers 2000, 127
- Versichererwechsel 2000, 127

#### Werbeverbot

- Gruppenfoto 2000, 30
- Presseveröffentlichung 2000, 30
- Steuerberatung, unbefugte 2000, 134

#### Wettbewerb, unlauterer, § 3 UWG

- Steuerberatung, unbefugte 2000, 134

#### Wiedereinsetzung

- Antrag
  - = Prozeßhandlung, nachzuholende 2000, 110
- Mittellosigkeit der Partei 2000, 83

#### Wirtschaftsprüfer

- Stimmrechtsvertreter 2000, 127
- Zulassung
  - = Rückwärtsversicherung 2000, 32
  - = Vermögensverfall 2000, 32
  - = Versicherungsschutz, fehlender 2000, 32

- BVerfG v. 11.1.1995 - 1 BvR 892/88 2000, 3
- BVerfG v. 29.10.1999 - 2 BvR 1264/90 2000, 2
- BVerfG v. 10.11.1999 - 2 BvR 2861/93 2000, 4
- BVerfG v. 11.11.1999 - 1 BvR 762/99 2000, 5
- BVerfG v. 17.11.1999 - 1 BvR 1708/99 2000, 28

BVerfG v. 19.11.1999 – 2 BvR 1167/96	2000, 55	OLG Karlsruhe v. 24.2.1999 – 6 U 142/98	2000, 127
BVerfG v. 29.11.1999 – 1 BvR 2284/98	2000, 30	= OLG-Report 99, 228	
BVerfG v. 7.12.1999 – 2 BvR 301/98	2000, 29		
BVerfG v. 14.12.1999 – 1 BvR 1327/98	2000, 54	OLG Koblenz v. 20.1.1999 – 1 U 903/96	2000, 134
BVerfG v. 18.2.2000 – 1 BvR 491/93,		= OLG-Report 99, 342	
1 BvR 562/93, 1 BvR 624/98	2000, 106	OLG Koblenz v. 23.7.1999 – 8 U 2086/98	2000, 39
		= OLG-Report 99, 503	
BGH v. 28.1.1999 – IX ZR 240/98	2000, 63	OLG Köln v. 22.1.1999 – 20 U 40/98	2000, 32
BGH v. 25.3.1999 – IX ZR 283/97	2000, 36	= OLG-Report 99, 299	
BGH v. 22.4.1999 – IX ZR 364/98	2000, 57	OLG Köln v. 28.5.1999 – 11 U 265/98	2000, 134
= MDR 99, 1025		= OLG-Report 99, 302	
BGH v. 6.5.1999 – IX ZR 250/98	2000, 33	OLG Köln v. 4.8.1999 – 5 U 74/99	2000, 140
BGH v. 27.5.1999 – VII ZR 24/98	2000, 10		
BGH v. 7.6.1999 – II ZB 25/98	2000, 110	OLG München v. 24.11.1998 – 29 W 3071/98	2000, 82
BGH v. 17.6.1999 – IX ZB 32/99	2000, 9	= OLG-Report 99, 279	
BGH v. 24.6.1999 – V ZB 19/99	2000, 83		
BGH v. 24.6.1999 – IX ZB 30/99	2000, 84	OLG Rostock v. 16.6.1999 – 6 U 2/98	2000, 76
BGH v. 20.9.1999 – 5 StR 729/98	2000, 82	= OLG-Report 99, 374	
= wistra 99, 459			
BGH v. 30.9.1999 – IX ZR 139/98	2000, 5	OLG Stuttgart v. 4.3.1998 – 9 U 255/97,	2000, 82
BGH v. 15.10.1999 – V ZR 50/99	2000, 109	rkr. nach Nichtannahmebeschl. d. BGH	
BGH v. 21.10.1999 – VII ZR 185/98	2000, 132	v. 28.1.1999 – III ZR 100/98	
BGH v. 8.11.1999 – II ZB 4/99	2000, 108	= OLG-Report 99, 210	
BGH v. 2.12.1999 – IX ZR 415/98	2000, 135		
BGH v. 13.1.2000 – VII ZR 38/99	2000, 132	OLG Zweibrücken v. 25.1.1999 – 7 U 131/98	2000, 113
		= OLG-Report 99, 431	
KG Berlin v. 12.1.1999 – 1 W 576/97	2000, 153		
= OLG-Report 99, 191		LG Berlin v. 27.11.1997 – 13 O 19/97	2000, 125
KG Berlin v. 18.1.1999 – 8 U 3790, 97	2000, 153	= BB 99, 1591	
= OLG-Report 99, 244			
KG Berlin v. 20.1.1999 – 13 U 4044/97	2000, 25	LG Düsseldorf v. 10.8.1999 – 10 O 526/98,	
KG Berlin v. 9.9.1999 – 16 U 8959/98	2000, 93	rkr.	2000, 50
OLG Braunschweig v. 1.9.1999 – 2 W 125/99	2000, 134	LG Hamburg v. 22.6.1998 – 402 O 70/97	2000, 71
= OLG-Report 99, 380		= WM 99, 139	
OLG Celle v. 5.3.1999 – 4 U 216/98	2000, 86	LG Marburg v. 24.6.1999 – 1 O 89/99, rkr.	2000, 149
= OLG-Report 99, 278			
OLG Dresden v. 1.9.1998 – 14 U 174/98	2000, 134	LG Ulm v. 30.10.1998 – I Kls 23	
= OLG-Report 99, 286		Js 18323/96 I AK 80/97	2000, 76
		= wistra 99, 113	
OLG Düsseldorf v. 12.6.1997 – 13 U 92/96	2000, 23	BFH v. 18.10.1999 – GrS 2/98	2000, 56
OLG Düsseldorf v. 12.6.1997 – 13 U 124/96	2000, 24	BFH v. 27.10.1999 – II R 17/99	2000, 31
OLG Düsseldorf v. 29.10.1998 – 6 U 185/97	2000, 12	BFH v. 10.11.1999 – X R 60/95	2000, 80
OLG Düsseldorf v. 3.12.1998 – 13 U 225/97	2000, 146	BFH v. 10.11.1999 – X R 46/97	2000, 81
OLG Düsseldorf v. 10.12.1998 – 13 U 38/98	2000, 67	BFH v. 14.12.1999 – IX R 69/98	2000, 107
OLG Düsseldorf v. 17.12.1998		BFH v. 19.1.2000 – I R 94/97	2000, 133
– 13 U 100/97, n.rkr.	2000, 116		
OLG Düsseldorf v. 7.1.1999 – 13 U 230/97	2000, 90		
OLG Düsseldorf v. 28.1.1999 – 13 U 144/97	2000, 87	VG Dessau v. 23.7.1997 – 2 A 50/95	2000, 32
OLG Düsseldorf v. 18.2.1999 – 13 U 60/98	2000, 141	= WPK-Mitt 97, 320	
OLG Düsseldorf v. 2.3.1999 – 4 U 37/98	2000, 127		
= OLG-Report 2000, 11			
OLG Hamm v. 20.11.1997 – 28 U 115/97,	2000, 120	BAG v. 14.12.1999 – 3 AZR 713/98	2000, 81
rkr. nach Nichtannahmebeschl. d. BGH		ArbG Hersfeld v. 4.11.1998 – 2 Ca 255/98	2000, 95
v. 8.10.1998 – IX ZR 5/98			
= OLG-Report 99, 296			
OLG Hamm v. 20.10.1998 – 28 U 79/97	2000, 42	SG Dortmund v. 15.6.1999 – S 8 KR 191/98	2000, 151

Fristenkontrolle • Vorlage der Vorfristakte • Bearbeitung (BGH);  
Verjährung, Notarhaftung • Kenntnis, § 852 BGB • Anderweitige Ersatzmöglichkeit • Beurkundungstätigkeit oder selbständiges Betreuungsgeschäft? (BGH);  
StB-Haftung • Ausländisches Steuerrecht • Klagevortrag • Kosten des StB, Doppelbelastung (OLG Köln);  
Honorar des StB • Vereinbarkeit • Gegenstandswert • Vorjahresumsatz (OLG Oldenburg);

Fristenkontrolle • Organisationsverschulden, Anweisung • Klebezettel (OLG Hamburg);  
Versicherungsschutz • Organisationsmängel, Ausgangskontrolle • Wissentliche Pflichtverletzung • InvZul-Antrag (OLG Stuttgart);  
WP- und StB-Sozietät • Verjährung, § 68 StBerG oder § 51a WPO? (LG Oldenburg)

und aktuelle Entscheidungen, die von besonderer Bedeutung sind.



#### BEIHEFTE:

Ob Steuerberater, Rechtsanwalt oder Wirtschaftsprüfer – für alle Freien Berufe gilt: Eine Arbeitsunfähigkeit aufgrund einer Krankheit oder eines Unfalls kann von heute auf morgen dazu führen, daß Sie Ihrem Beruf gar nicht oder nur in eingeschränktem Maße nachgehen können.

Eine längere Arbeitsunfähigkeit kann für Sie als Freiberufler existenzbedrohend sein.

Das neue Krankentagegeld für Freiberufler bietet finanziellen Schutz bei Arbeitsunfähigkeit – individuell und kostengünstig.

#### IMPRESSUM

GI Gerling Informationen für wirtschaftsprüfende, rechts- und steuerberatende Berufe  
ISSN 1430-550 X

#### Herausgeber:

Gerling  
Marketing Freie Berufe  
50597 Köln  
Telefon: (02 21) 1 44-53 54  
Telefax: (02 21) 1 44-51 55

#### Redaktion:

Dr. Jürgen Gräfe, Rechtsanwalt,  
Fachanwalt für Steuerrecht  
(verantwortlich für den Inhalt)

#### Erscheinungsweise:

12 mal im Jahr, jeweils am  
10. des Monats

#### Verlag:

Verlag Dr. Otto Schmidt KG,  
Unter den Ulmen 96-98, 50968 Köln

#### Layout und Satz:

Type Connection,  
Bonner Straße 48, 50374 Erftstadt

#### Druck:

Westholsteinische Verlagsdruckerei  
Boyens & Co.,  
Wulf-Isebrand-Platz 1-3, 25746 Heide

#### Bezugsmöglichkeiten:

Nur im Jahresabonnement.  
Preis: DM 96,- jährlich inklusive  
Mehrwertsteuer und Versandkosten.  
Die Postgebühren sind jeweils eingeschlossen. Bestellungen nimmt der Herausgeber entgegen.